

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riesa, Druckerei  
Grosch Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor: Dresden 1330  
Grosch Nr. 22.

Nr. 112.

Montag, 15. Mai 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 19.— Mark ohne Einlegerlohn. Einzelnummer 1.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 9 mm hohe Grundzeile (8 Zeilen) 4.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1 Mark. Keine Karze. Gewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsunterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Bekanntmachung.

Vom Bezirksverband Großenhain ist Herr Richard Glawik als Angelegter des Bezirksverbandes für Odbauangelegenheiten in Pflicht genommen worden. Der Benannte kehrt den Städten, Gemeinden und Gutsbesitzern wie auch einzelnen Bezirksangelegten zur Beratung und Besichtigungen in Odbauangelegenheiten unentgeltlich zur Verfügung. Herr Glawik expediert in der Nebenstelle der Amtshauptmannschaft, Herrmannstraße 22, Obergroßhain, am 13. Mai 1922.

## Die Amtshauptmannschaft.

Auf Antrag der Frau Marie verm. Major Lauenstein geb. Stoffregen in Dresden, vertreten durch Rechtsanwältin Justizrat Hertel, G. und F. Windisch in Dresden, wird das Aufgebotsverfahren wegen Kraftlosklärung der 5% Teilschuldverreibungen der Aktiengesellschaft Lauchhammer in Riesa Nr. 434 und 530, auf Antrag des Sanitätsrats Dr. Hiesel in Dresden-N., Weintraubenstraße 8, das Aufgebotsverfahren wegen Kraftlosklärung der Aktie der Aktiengesellschaft Lauchhammer Nr. 2100 eingeleitet. Wegen dieser Papiere wird die Zahlungsverweigerung verhängt. Der Aussteller wird gebeten, an deren Inhaber eine Leistung zu bewirken, besonders neue Rins- oder Semimantellcheine oder einen Erneuerungsschein auszugeben (§ 1019 S. 2 O.). Wilhelm Kaiser in Berlin, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Kollsch in Berlin W. 50 (Ruhlfeldendamm 233), hat das Aufgebot der Aktie Nr. 13 122 der Aktiengesellschaft Lauchhammer über 1000 Mark beantragt. Frau Marie verm. Major Lauenstein geb. Stoffregen in Dresden, vertreten durch Rechtsanwältin Justizrat Hertel, G. und F. Windisch in Dresden, hat das Aufgebot der 5% Teilschuldverreibungen der Aktiengesellschaft Lauchhammer Nr. 434 und 530 über je 1000 Mark beantragt. Der oder die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Juni 1922, vorm. 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebots-terminen ihre Rechte anzuzeigen und die Urkunden vorzulegen. Geschieht dies nicht, so wird die Kraftlosklärung der Urkunden erfolgen. Amtsgericht Riesa, den 14. November 1921.

## Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 15. Mai 1922.

Die Einweisung des Herrn Staatsministers a. D. Otto Rühl in die ihm vom 18. Mai 1922 ab übertragene Stellung als Amtshauptmann von Großenhain erfolgt am Mittwoch, den 17. Mai 1922, vormittags 11 1/2 Uhr im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft.

Das Volksbegehren zugelassen. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung am Freitag folgenden Beschlüssen: Das Volksbegehren wird auf Grund der Paragraphen 1 und 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921 zugelassen. Die Frist zur Stimmabgabe für das Volksbegehren beginnt am Dienstag, den 6. Juni und endet mit Ablauf des Montags, den 19. Juni d. J. — Zu Abstimmungsstellen werden bestellt: Für den 1. Stimmkreis Dresden — Bautzen: der Geh. Reg.-Rat Dr. Weiswange, als Stellvertreter der Geh.-Reg.-Rat Dr. v. Degenhoff, bei beiden Wohnort: Kreisamt Lauchhammer Dresden-N. 1, Friesengasse 6, 2. für den 2. Stimmkreis Leipzig: der Geh. Reg.-Rat Freiherr v. Dohr, als Stellvertreter der Oberrentenrat Dr. v. Schwarz, bei beiden Wohnort: Kreisamt Lauchhammer Leipzig. Für den 3. Stimmkreis Chemnitz — Jirkau: der Stadtrat Dr. Hartwig, als Stellvertreter der Stadtrat Dr. Scheffler, bei beiden Wohnort: Chemnitz, Rathaus. Die Stimmabgabe für das Volksbegehren erfolgt durch eigenhändige Eintragung in die von den Gemeindebehörden auszufüllenden Eintragungsbücher. Die Gemeindebehörden müssen den Stimmberechtigten für die ganze Abstimmungsfrist Gelegenheiten geben, sich während der üblichen Geschäftszeit in die Eintragungsbücher einzutragen. Die Eintragung muß auch an den Sonn- und Feiertagen während dreier Vormittagsstunden möglich sein. Zur Eintragung ist nur zuzulassen: a) in seinem Wohnort, wo dort in die Wählerliste oder Wählerkarte für die Landtagswahl vom 14. November 1920 eingetragen ist, es sei denn, daß sein Stimmrecht inzwischen verloren gegangen ist oder während der Eintragsfrist ruht, oder daß der Stimmberechtigte während dieser Frist an der Ausübung des Stimmrechts behindert ist. Als in der Liste oder der Karte eingetragen gilt im Sinne dieser Vorschrift auch der, der wegen Ausstellung eines Wahlscheins bei der Landtagswahl darin gestrichen worden war. b) in einem beliebigen sächsischen Orte, wo einen Stimmschein erhalten hat. Stimmcheine für die Eintragung zum Volksbegehren werden nach denselben Grundregeln erteilt, wie die Wahlscheine für die Landtagswahl. c) in seinem Wohnort, wo dort nicht in die Wählerliste oder Wählerkarte eingetragen ist und seinen Stimmrecht hat, aber sein Stimmrecht nachweist. Gegen die Ablehnung der Zulassung zur Eintragung ist Einspruch zulässig. Gibt die Gemeindebehörde dem Einspruch nicht alsbald statt, so entscheidet die Aufsichtsbehörde binnen einer Woche. Auf Grund der Berichte der Abstimmungsleiter stellt der Landeswahlanschuß das Eintragungsergebnis im Bande fest.

Substitut der Riege Wacker im Turnverein Riesa. Aus Anlaß ihres 25-jährigen Bestehens veranstaltete die Riege Wacker am Sonnabend im schön geschmückten Riegeklubsaal einen Begrüßungsabend. Zur Freude der Riege war der Einladung hierzu aus Turnvereinen sehr zahlreiche Folge geleistet worden. Auch eine stattliche Anzahl Ehrengäste, darunter mehrere ehemalige Riegenangehörige von auswärts, war erschienen. Der Festabend wurde eingeleitet durch den klaren Marsch „Ging der Gladiatoren“, gefolgt von Mitgliedern der Himmelscher Kapelle. Im mairigen Worten begrüßte Johann der Riegeleiter, Kurt Richter, die Festteilnehmer und dankte für ihr freundliches Erscheinen. Am Schluß seiner Ansprache überreichte er den noch heute der Riege angehörenden Gründern, den Turngenossen Otto

Sennis, Otto Silbisch, Max Mohr und Max Ullig, eine mit der „25“ gezeierte Riegenadel. Nachdem auch der dem Weltkriege zum Opfer gefallenen beiden Riegenbrüder Otto Caspari und Edwin Schnurpel ehrend gedacht worden war, erregte ein vom Turngenossen Martin Weichert geleitetes Doppelquartett die andächtige lauschenden Zuhörer mit den Abtönen „Nieder, Gott grüße Dich“ und „Die Nacht“. Den turnerischen Teil des Festabends, der ausschließlich von Turnern der Riege ausgeführt wurde, eröffnete eine Gruppe Freilübender, 24 wechselliebende Gestalten, Männer im Alter bis zu 80 Jahren, turnten die durch den 1. Vereinsturnwart Linke gut eingeleiteten schwierigen Übungen kramm und sicher. Sowohl diese Vorführung, als auch die später folgenden Gemeinschaftsübungen am Barren und schließlich das Turnen am Hochred zeigten von guter turnerischer Betätigung der Riegenbrüder. Im Anschluß an die Freilübenden brachte ein gemischtes Doppelquartett die beiden Lieder „Treue Liebe“ und „Liedeslust“ zum Vortrag. Wie alle bisherigen Darbietungen, so wurden auch die letzteren beiden Lieder beifällig aufgenommen, sobald sich die Sänger zu einer Zugabe verstehen mußten. Darauf wurde auch das Extempore des Herrn Salmann, sowie die weiteren Männerquartett-Vorträge „Das stille Tal“ und „Liedeslust“ einen Höhepunkt der Darbietungen des Festes bildeten wohl mit die köstlichen Genüsse, die den Anwesenden durch den Opernlänger Herrn Kunzmann-Weiß geboten wurden. Herr Kunzmann, den innige Freundschaft mit der Riege Wacker verbindet, wurde von Herrn Musiklehrer Kreyß am Flügel begleitet. Anhaltender stürmischer Beifall, der jedem ihrer Vorträge folgte, dürfte beiden Künstlern beweisen haben, daß ihnen der herzlichste Dank der Jubelerschaft gebührt ist. — Eine angenehme Unterbrechung erteilt die reichhaltige Vortragsfolge durch verschiedene Ansprachen. Der Riegenälteste, Turngenosse Mohr, würdigte zunächst die Verdienste des unermüdeten Riegeleiters, Kurt Richter, der durch seine vielfältige erprobte Tätigkeit die Riege Wacker nach echter Turnerschaft zusammenzuführen verstanden habe, und überreichte ihm als äußeres Zeichen aufrichtiger Dankbarkeit eine von seinen Getreuen gemünzte Dankesurkunde. Hiernach ergriff der 1. Vereinsturnwart, Turngenosse Hugo, das Wort. Seine zündende Rede gipfelte in dem Wunsche, daß die Riege auch weiterhin ein gesunder Zweig des Turnvereins bleiben möge. Mit den besten Wünschen übergab er dem Riegenleiter als Ehrengeld einen Geldbetrag aus Mitteln der Vereinskassa, sowie gleichzeitig einen von einem Ehrengast der Riege gestifteten Betrag. Im Auftrage der Frauen überreichte Frau Hartmann ein prachtvolles Tischbanner, um das sich, wie die Sprecherin ausführte, die Wackerinnen noch recht viele Jahre in treuer Freundschaft scharen möchten. Es wurden ferner Glückwünsche überbracht von dem Vorsitzenden des Allgemeinen Turnvereins und von den Leitern der Riegen „Freihaus“ und „Vorwärts“. Für all die übermittelten guten Wünsche sowie für die überreichten Ehrengelder dankte der Riegeleiter herzlich. In mit gutem Humor gewürter Rede entwickelte der Riegenälteste Mohr ein geschichtliches Bild der Riege. Nach Abhängen einiger Turnlieder wurde der wohlbelungene Festabend mit dem Marsch „Mit Mut und Kraft“ beschlossen. Riege die Feier bei allen Teilnehmern angenehme Erinnerung wachhalten. — Am Sonntag abend vereinigten sich die Wackerinnen mit ihren Frauen im Saale der „Elbterrasse“ zu einem in fröhlicher Stimmung verlaufenen Tanzabend. —

Freie Vereinigung ehemaliger Angehöriger R. J. R. 102. Am Donnerstag, den 11. d. M., hatten sich die ehemaligen Kameraden des 1. Btl. R. J. R. 102 im Restaurant Wartburg versammelt, um über den diesjährigen Regimentstag zu beraten. Dabei wurde dem vielteiligen Wunsche nachgekommen, wie an anderen Orten, auch hier eine Vereinigung ins Leben zu rufen und die „Freie Vereinigung ehemaliger Angehöriger R. J. R. 102

für Riesa und Umgegend“ gegründet. Zweck: Pflege der Kameradschaft und Unterstützung bei Anträgen Bedürftiger aus der Volksgemeinschaft. Die Monatsversammlungen sollen unter „Vereinsnachrichten“ im Tageblatt bekanntgegeben werden. Anmeldungen werden von hiesigen bekannten Kameraden und in den Versammlungen entgegengenommen.

Handelschule Riesa. Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß die ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins „Handelschule Riesa, einetr. Verein“ nicht Freitag, den 19., sondern Freitag, den 26. Mai stattfindet.

Die gewerblichen und Handelschulen und die Besoldungsordnung. Die Durchführung der staatlichen Besoldungsordnung auf bei den gewerblichen und Handelschulen verursacht so bedeutende Aufwendungen, daß die Beschaffung der erforderlichen Mittel Schwierigkeiten bereitet. Die Handelskammer Dresden will den Handelschulen durch Sonderbeiträge gern helfen, muß dazu aber wissen, ob die von einer solchen Zwangsumlage betroffenen Wahlberechtigten einerseits die Fortführung der Schulen in ihrer bisherigen Form und Verfassung wünschen, andererseits ob sie bereit sind, die erforderlichen großen Opfer zu bringen. Zur Verörterung dieser Fragen für die Handelschule zu Riesa veranstaltete die Handelskammer Dresden am Freitag, den 26. Mai 1922, nachmittags 7 Uhr im Saale des Gasthauses „Elbterrasse“ eine Aussprache, zu der zahlreiche Erscheinungen der maßgebenden Kaufleute und Industriellen (auch derjenigen, die nicht Mitglieder des Handelschulvereins sind) des Amtsgerichtsbezirks Riesa ohne den Bezirksanteil des ehemaligen Amtsgerichtsbezirks Strehla dringend erwünscht ist.

Verschiedenes. Am 26. April d. J. ist von der hiesigen Kriminalpolizei der 29 Jahre alte Schlossergeselle Alfred S. aus Leipzig-Döllitz wegen Fahrraddiebstahls festgenommen worden. Er hat in hiesiger Stadt zwei Fahrräder und in Großenhain ein Fahrrad gestohlen. Diese drei Fahrräder sind von der hiesigen Kriminalpolizei wiedererlangt und den Betroffenen zurückgegeben worden. S. hat außerdem in Leipzig noch einen schweren und einen einfachen Diebstahl verübt. Bei dem schweren Diebstahl hat er Wertgegenstände im Gesamtwert von 9200 Mark entwendet. Ferner hat die hiesige Kriminalpolizei in letzter Zeit noch drei weitere Fahrraddiebstahle ermittelt. Auch die von diesen gestohlenen Fahrräder sind durch die Polizei wieder herbeigeschafft worden. — Vor einiger Zeit sind in der hiesigen Schulküche zwei weiße Messerlöffel mit roter Kante, eine Anzahl weiß-rotfarbener Tischlächer und eine Anzahl graue und weiße Wischlappen, sowie drei Pfund weiße Kernseife in Riegeln zu je 4 Stück gestohlen worden. — Ferner wurde in der Nacht zum 25. April d. J. bei einer Eisenbahnfahrt von Dresden nach Leipzig in einem Eisenbahnabteil 3. Klasse dem Handlungsgehilfen Friedrich Werner Brage, geb. am 28. Oktober 1900 in Magdeburg, ein brauner Handkoffer mit grauem Segeltuchüberzug, 90 : 75 : 50 Zentimeter groß, gestohlen. In dem Koffer befanden sich ein neuer Schloßanzug, ein brauner Jagdanzug (Weste mit Monogramm „W.B.“), zwei gelbe Herren-Einshemden (gez. W. B.), drei Paar grauwollene Socken, vier weiße Sportstrümpfe (Beize 88) und zwei bunte Selbstbinden. Weiter sind ihm ein braungefärbter umgearbeiteter Militärmantel mit Gürtel, aufgesetzten Taschen und großen Knöpfen, ein hellgrüner Filzhut mit schwarzem Band (Größe 54) und eine schwarze Lederbrieftasche mit einer Goldbursurkunde und einem Konfirmationschein, die auf seinen Namen lauteten, gestohlen worden. Brage hat eine Namensperson als Täter bezeichnet, die etwa 25 Jahre alt, 1,85 bis 1,70 Meter groß und von schlanker Figur ist, blonden Schnurrbartanflug hat und einen hellen Regenmantel getragen hat. Der Täter soll das Eisenbahnabteil in Riesa oder Wutzen verlassen haben.

**Wohlfahrtsvereine.** Die beschleunigte Fertigstellung der Wohlfahrtsvereine kann dadurch wesentlich gefördert werden, daß der Vorkurs der Wohlfahrtsvereine zu Wert- und Umschreibungsarbeiten sowie zu Sendungen gegen Rücknahme selbst vorkursiert. Vorkurs zu den Scheinen hängen in den Wohlfahrtsvereinen der Wohlfahrtsvereine aus.

**Nachsendung von Wohlfahrtsvereinen.** Wohlfahrtsvereine, die nach anderen Orten, insbesondere nach Kurorten und Sommerfrischen mit lebhaftem Verkehr, nachgesandt werden, erleiden oft Verluste, weil die genaue Wohnungsanzeige in der Kassenliste fehlt. Es ist nötig, daß auf solchen Sendungen die Wohnung genau angegeben wird, und daß Fremde sofort nach der Ankunft ihre Wohnung der Wohlfahrtsvereine an neuen Aufenthaltsorte mitteilen. Auch empfiehlt es sich, eine solche Mitteilung an die Wohlfahrtsvereine am Aufenthaltsorte zu richten, damit die Wohnung auf den nachfolgenden Wohlfahrtsvereinen vermerkt werden kann.

**Vom Schicksal der Gemeindegemeinschaften.** Dem Landtage ist die Vorlage 129, den Entwurf zu einem Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über Änderungen im Polizeiwesen vom 27. Juni 1921 betr., ausgegangen, die bedauerlicherweise gezeigert ist, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden schwer zu beeinträchtigen. Sie bestimmt, daß die Gemeinden mit staatlicher Sicherheitspolizei künftig ihre Polizeibeamtensstellen gegenüber der in dem Gemeindehaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 eingestellten Zahl nur mit staatlicher Genehmigung mehrern oder vermindern dürfen und daß die Stellen des Polizeibeamtens, von besonderen Ausnahmen abgesehen, künftig nur mit Beamten der sächsischen Landespolizei besetzt werden dürfen. Diese Beschränkung soll sich auch auf die Wohlfahrtsvereine erstrecken, also auf ein Gebiet, das unbefristet in der weiteren Verwaltung der Gemeinden belassen werden soll. Die Gemeinden, die um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen — wie einzelne nur an den Verlust ihrer Steuerhoheit — müssen den nachdrücklichsten Einspruch gegen eine solche Beeinträchtigung erheben. Auch der Versuch des Staates, den Kostenaufwand für die staatliche Polizei zu drei Fünfteln zum Überwiegenden Teile auf die Gemeinden abzuwälzen, ist abzulehnen. Bei der Defizienten nur zu bekannten Kosten der Gemeinden in finanzieller Hinsicht, tragen die Gemeinden dem öffentlichen Interesse genug Rechnung, wenn sie sich zu einem angemessenen Beitrag, der ein Drittel des staatlichen Aufwandes für Polizei nicht übersteigen darf, bereit erklären. Dabei ist vor allem darauf hinzuweisen, daß es sich bei der Übernahme der Polizei, die an sich ein Lobeswort der sächsischen Polizeigemeinden bedeutet, nach der Erklärung der Regierung immer um eine staatliche Aufgabe handelt. Den Gemeinden kann nicht zugemutet werden, die Kosten hierfür zu tragen. Es ist zu hoffen, daß im Landtage die herkömmlichen Wünsche der Gemeinden nach Wahrung ihres Selbstverwaltungsrechtes berücksichtigt werden, entsprechend dem von der Regierung selbst geäußerten Wort: „Ein freies Volk regiert sich selbst“.

**Der Ankauf von Gold für das Reich.** durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 15. bis 21. Mai ds. Js. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 1200 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 600 Mark für ein Sechszehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsübermünzen durch die Reichsbank und die Post findet unverändert zum 21fachen Betrage des Nennwertes statt.

**Hauptversammlung des Textilindustriellen.** Aus allen Teilen Sachsens waren Vertreter der in der Vereinigung zusammengeschlossenen Ortsverbände nach Dresden zu der Tagung herbeigekommen, die am Sonntag in den Räumen des Gewerbesaals stattfand. Die Tagung wurde zu einer imponierenden Kundgebung für die Ziele und Wünsche des Einzelhandels. Im Verlaufe der Tagung trat das Ziel des Einzelhandels, der Kampf um den gerechten Preis, die Anerkennung des Marktpreises deutlich zutage. Um diese Bestrebungen mit Nachdruck vertreten zu können, ist ein einheitlicher Zusammenschluß dringend erforderlich. Daher mußte auch das Verlangen nach einer starken Organisation in den Nebenwiderklingen, ein Mahn- und Bedruck für diejenigen, die auch jetzt noch abseits stehen. Vieles mag hier noch zu leisten sein, und wenn auch der ausführliche Bericht des Verbandsleiters Professor Dr. Rahnert erkennen ließ, daß rege am Zusammenschluß gearbeitet wird, so bilden auch in diesem Zusammenhang noch manche Wünsche offen. Wenn man anerkennt, daß der Organisationsgedanke ein Staatsbildender Faktor ist, wie mit Recht während der Tagung betont wurde, so zeigt sich deutlich, wie über die Kleinarbeit des Tages hinaus jeder Vorarbeit am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, schließlich am deutschen Staatsleben zu leisten vermag. Dieser Idee der Überwertung der Arbeit trugen in besonderer Weise die Vorträge des Syndikus Dr. Rahnert und des Vorstandsvorsitzenden Radloff in allen Teilen Rechnung. Als Vertreter der Regierung betonte Ministerialrat Dr. Floren die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenhanges. Der Einzelhandel will nur den gerechten Preis. Er darf dann aber auch verlangen, daß das Volk in seiner Gesamtheit seine Lebensbedingungen anerkennt. Ihm nicht die wirtschaftliche Unsicherheit, das Aus und Ab in der Preisgestaltung, an der er wie jeder andere leidet, zum Vorwurf macht. Nach zwei Seiten hin muß der Einzelhandel in Frontstellung stehen: Abwehr gegen den Produzenten bei Festlegung der Konditionen, ein Ringen um Anerkennung des Preises beim Verbraucher. Die Forderung, daß die Re-

stierung des für die berechtigten Wünsche des Einzelhandels ein offenes Ohr haben werde, fand dankbare Aufnahme. Der Vorstand der Landespreisverhandlung Dr. Oetzel gab die positiven Aufträge, daß auf der in den Tagen vom 23. bis 25. Mai stattfindenden Vereinigung aller Vorstände (Sächsischer Landespreisverhandlung) unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministeriums ein Besatz gefunden werden müßte, um die zuerst bei der Preisbildung bestehende Unsicherheit auszuräumen. Nach dem geschäftlichen Teil haben sich die Mitglieder mit ihren Voten an einem Wahle zusammen.

**Großhandel.** Auf dem Wochenmarkt am Sonnabend stellten sich die Preise für das Vieh wie folgt: Butter, Stück 33-35 M., Eier, Stück 2,50 bis 2,80 M., Gerstebrot o. R. 11 M., Kartoffeln 2,20 M., Radieschen, Stück 1,25 bis 1,50 M., Kohlrabi 1,50-2,00 M., Schellfisch a. R. 12 M., Seeforelle 10 M., Schnittlauch, Stück 0,50 M., Spargel, Karfer, 15-18 M., Suppenkartoffeln 6-10 M., Spinat 4,50-5,00 M., Salat, die Liter, Stange 1,50-2,00 M.

**Großhandel.** Die heutige Strafkammer des Dresdner Landgerichts verurteilte am Sonnabend in einer Außerordentlichen Sitzung gegen die beiden Schuhmacherehrer Wilhelm Erich Kurt Opiß, geboren 1906 zu Großenhain, und Ernst Paul Erich Opiß, geboren 1906 zu Dresden, wegen verurteilter Körperverletzung nach den §§ 233 und 234 des Reichsstrafgesetzbuchs. Nach dem Urteilspruch haben die jugendlichen Angeklagten im Februar d. J. an den Gutsherrn Enger in Rauhof drei Briefe geschrieben und unter Androhung von Mord, Brandstiftung und dergleichen 2000 Mark gefordert, die zu einer bestimmten Stunde an einem an der Ortsrande Straße gelegenen Denkmal in Großenhain niederzulegen werden sollten. Die Briefe, die bei Opiß in Großenhain beschlagnahmt waren und die sich in der Verfassung näher kennen gelernt, waren voll gekündigt, sie gaben dem Gutsherrn an, auf diesem Wege Geld zum Besuch des neuen Rinos zu erlangen, es sollte niemand getötet, gemartert oder verhöhnt, auch kein Feuer angelegt werden, die Angeklagten wollten damit nur einschüchtern. Das Gericht verurteilte die beiden Angeklagten nach den gesetzlichen Bestimmungen über Jugendstrafe zu drei Monaten Gefängnis. In der Begründung des Urteils kam zum Ausdruck, daß es sich um ein recht ernstes und dreistes Unternehmen gehandelt habe, und daß durch die Briefe große Erregung und Unruhe verursacht worden ist. Aus der Verhandlung ist noch zu demerken, daß die beiden Angeklagten auf wiederholten Vorhalt erklärten, sie hätten wenig Rückersichtungen gefast, nur das neue Großenhainer Rino mit den teuren Wägen sei Schuld daran gewesen, daß sie die Briefe geschrieben haben. Opiß bekannte sich als Schreiber der Briefe, Opiß als sein Einverständnis hierzu. Letzterer führte zu seiner Entschuldigung aus, der Gutsherr Enger habe im Ringe viel gewuchert, beide glaubten, er könne 2000 Mark leicht verschmerzen. Kriminalhauptwachmeister Rimmel sagte aus, der Reumund des Opiß sei gut, Opiß wurde vom Richter als auffällig und leicht erregbar eingeschätzt.

**Sachsen.** In Ausführetionen seitens der Arbeiterkassan kam es hier gegen die Inhaber der Schraffenfabrik A. Heilgenhauer. Die Arbeiterinnen des Betriebes haben schon seit drei Wochen Streik. Die Wut der Streikenden darüber, daß die Angeklagten und die Inhaberin selbst die Arbeit der Ausführetionen verweigern, machte sich in schweren Bedrohungen gegen die Frau Heilgenhauer Luft. Als die Transportarbeiter ebenfalls streikten und die Frau einen heftigen Landwirt Jakob bestellt hatte, die Waren von der Fabrik zur Post zu schaffen, sollten die streikenden Frauen ihre Männer mit den Betrieben und veranlassen eine Demonstration. Die Arbeiterkassan zog vor das Lokal, in welchem die Unternehmer zu Verhandlungen zusammengekommen waren und verlangten Frau Heilgenhauer, um sie zur „Verantwortung“ zu ziehen. Da diese nicht erschien, brach die Menge in das Lokal und holte sie heraus. Die Demonstrationen gingen gewalttätig gegen die Frau vor. Sie stieß ins Amtsdgericht, aber auch hierher drängten die Massen nach. Schließlich gelang es den Führern, die Menge vor weiteren Unbesonnenheiten zurückzuführen, nachdem sich die Bedrängte schließlich bereit erklärt hatte, ihren Betrieb für die ganze Dauer des Streiks zu schließen und auch den Angeklagten den Zutritt in die Fabrik zu unterlagen.

**Sachsen.** Die Kindererholungsstätte für die Stadt Pöden wie im vorigen Jahre so auch in diesem Sommer in großem Maße in die Wege geleitet. 24 Kinder sollen an die Offize geschickt werden, 20 nach Oberreithaus, 50 ins Beschlembüttel Niedermittelsch und 20 in verschiedene andere Heime. Außer diesen 120 Kindern sollen 200 bis 250 im hiesigen Park bei Erlösung landen. Hierfür sind 120 000 Mark erforderlich, wovon 88 000 Mark bereits zur Verfügung stehen, jedoch die Stadt nur 40 000 Mark und auszubringen hat. Die Ortstrankenkasse hat 50 000 Mark, ein Kinderfreund 10 000 Mark dazu gespendet.

**Alaun.** Der Gutsbesitzer Ferdinand Gartenstein aus Meßbach fuhr mit einem zweispännigen Werdelsuhrwerk (Rastwagen) nach Meßbach zu. Das von dem 15 Jahre alten Arbeitsburschen D. geleitete Fuhrwerk — Gutsbesitzer Gartenstein und seine Ehefrau hatten auf dem Wagen Platz genommen —, wurde plötzlich von einem Motorradfahrer überholt. Ansolche der Spurensignale wurden die Pferde unruhig und nahmen eine rasche Wagnart an. Dabei entglitten dem Arbeitsburschen die Füße und die Pferde gingen durch. Als Gutsbesitzer D. dies bemerkte, sprang er vom Wagen herunter, fiel dabei aber mit dem Kopfe darauf an den Wagen an, daß ihm für Augenblicke die Sinne schwan-

den. Werdelsuhrwerk sprang aus dem Werdelsuhrwerk vom Wagen, schlug dabei aber so unglücklich auf die harte Straße auf, daß er einen Schädelbruch erlitt, der den sofortigen Tod der Frau herbeiführte. Der Motorradfahrer ist ohne nennenswerte Verletzungen davon gekommen. Nach den bisherigen Feststellungen trifft den Motorradfahrer an dem behaupteten Unfall keine Schuld.

**Kriegsgefangene.** In Reichthal, Wilsau, Greis und vertriebenen anderen Orten des Vogtlandes sind Sonnabend früh sächsische Arbeiter und Arbeiterinnen der Volkswirtschaft in den Zustand getreten. Es kommen mehrere Tausend Personen in Frage. In den Baumwollbereien wird nicht getreift.

**Kriegsgefangene.** Die große Ausstellung der wissenschaftlichen Industrien aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte in Leipzig vom 17. bis 24. September d. J. ist unweit in vollem Umfange gefordert. Die Organisation der Ausstellung hat das Leipziger Werkamt übernommen, das auf dem Gelände der Technischen Werke eine Werkstätte aller industriellen Industrien veranstaltet wird, wobei maßstabmäßige Einrichtungen, Röntgenröhren usw. im Betriebe vorgeführt werden.

### Sachverständiger Dr. Zeigler gegen das akademische Studium der Volkshullehrer.

Sachverständiger Dr. Zeigler sprach in einer öffentlichen Beamtenversammlung im „Bürgergarten“ zu Wilsau am 8. Mai 1922 über „Demokratisierung der Verwaltung“. Dabei sagte er nach dem Bericht im „Wagener Tagblatt“: „Das wirtschaftliche Standpunkt heutige das akademische Studium der Volkshullehrer zu verlangen, ist höchst unklug. Ebenso ist es mit der Forderung der mittleren Beamten, für den Eintritt in diese Befoldungsklassen den Besuch der neunklassigen höheren Schule zu verlangen. Es ist außerordentlich beklagenswert, daß dieses Streben soz. von diesen Beamtenkategorien selbst ausgeht.“

In der Aussprache im Zusammenhang dieses Standpunktes äußerte der Minister im Schlußwort aus: „Ich bin unbestimmt gegen jeden Bildungsnationalismus. Es ist durchaus für alle Schichten die Bildungsmöglichkeit zu geben, aber die Reichsregierung macht in dieser Beziehung Verweigerungen, die für ein so verarmtes Volk zu weit gehen. Nach jahrelangem Werden wird uns in allen unseren Lebensbeziehungen nach dem barten Zwange von außen richten müssen. Dabei können nicht alle Lehrer Akademiker werden. Die Reichsregierung schreibt für die Lehrer nur höhere Bildung vor, nicht akademische Bildung, denn es gibt auch andere höhere Bildung. Die sozialistischen Minister müssen vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen. Es gibt bei den Studenten beste Zustände, die viel schlimmer sind als bei den Arbeiterkassan. Jede viel arbeiten am Tage in einem Büro, müssen Geld verdienen, am Abend kommen sie erst zu ihren Büchern. Der neue Typus des Werkstudenten ist unter normalen Verhältnissen unentbehrlich. Gewiß gibt es dies in Ausland, Skandinavien, Australien, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse jedes Landes sind anders. Für Deutschland ist dies schlechthin unmöglich. Es ist ein unverantwortlicher Wahn, an unserer Volkskraft, an unserer Jugend, wenn die jungen Studenten am Tage ihr Geld im Büro oder durch körperliche Arbeit verdienen müssen, um am Abend erst zu ihren eigentlichen Aufgaben zu kommen.“

Darum dürfen wir solche Ziele nicht dogmatisch verfolgen. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse so sind, solange wir die Auslandshypothek auf uns legen haben, werden nicht sämtliche Lehrer akademische Bildung haben können. Fragen Sie nur einmal, wie die jungen Akademiker zu ringen haben! Ich bin selbst Mitglied einer Vereinigung zur Förderung junger sozialistischer Studenten. Dieses Glied! Da kommen diese jungen Menschen mit den letzten Erparnissen paar tausend Mark ihrer Eltern, um zu studieren. Natürlich geht's sofort mit dem Darlehn los. Aber können sie denn jemals im Leben auf einen grünen Zweig kommen? Niemals können wir den studierten Beamten auch nur einen Teil der von ihnen geleisteten Aufwandskosten zahlen in Gestalt hoher Gehälter, denn das verbietet uns die wirtschaftliche Lage. Was müßten sie aber eigentlich für Gehälter haben, wenn sie ihre Schulden bezahlen sollten und ihren Kindern dann wieder entsprechende Ausbildung gemäße leisten sollten? — Ist denn allein die Akademie das letzte? Lernt man nur dort denken? Vom Universitätswissen ist nur sehr wenig für das Leben brauchbar. Die akademische Bildung hat ihren hohen Wert, aber ihr Inhalt steht und hand oft in Widerspruch zu dem, was die übrigen Volksgenossen. Angesichts dieser Zustände ist die stete Behauptung der Volkshullehrer wohl etwas unlogisch: damit die übrigen Volksgenossen diese Bildung erlangen, müßten die Lehrer Akademiker werden. Dafür gibt es bessere Mittel. Die Volkshullehrer kommt ja sowieso nicht wegen des Widerstandes der Parteien im Reich.“

### Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine schwarz-rot-goldene Reichsfahne verbrannt. In der vorletzten Nacht leuchteten in München mehrere Berionen auf dem Bahnhofsplatz, rissen die schwarz-rot-goldene Reichsfahne herunter, übergossen sie mit Petroleum und verbrannten sie.

Nieht man diesen Mangel ab, so entrollt sich eine Bilderfolge, die des großen Zuges nie entbehrt und die gerade in heutiger Zeit umhauert ist, zu verinnerlichen, die uns in der Zeit unseres eigenen Lebens besonders viel zu sagen hat. Es gehört allerdings auch für die Zukunft eine physische Kraft hinzu, denn wenn man bedenkt, daß die Weltgeschichte volle acht Stunden mit einer einzigen Pause erfordert, so kann man ermessen, in welcher hohen Maße die Kraft des Lesers mit in Anspruch genommen wird.

Oberammergau hat keine neue Spielzeit begonnen und wenn wir auch bedauern, daß der Fremdenstrom, der sich über Oberammergau ergießt, die Preise unheimlich verteuert, so wird man sich dennoch freuen können, daß diese fremden Gäste die Gewissheit mit sich tragen werden, daß im deutschen Volk auch noch Kräfte schlummern, die sich den ungesunden Genüssen einer lethargischen Zeit abwenden und sich einer starken Bergpredigt und Verinnerlichung zuwenden wollen. Wenn das allerdings voll zur Geltung kommen soll, dann müssen auch die Schlägen schmerzhaft aus Oberammergau entfernt werden, die Schlägen, die sich sowohl in der Bereicherung Einzelner zeigen, wie auch die Schlägen, die der Wiedergabe anhaften. Man hat geglaubt, ein gutes Werk zu tun, indem man die Postämter neu anfertigte, und gerade diese Reue muß führen. Man ist ja gekommen, ein altes Spiel zu leben, man will seinen Brunt, man will den Geist und das Wort.

Gelingt es, in dieser Richtung hin noch zu helfen, gelangt es, die Oberammergauer zu bewegen, daß sie auch außerhalb des Theaters wirklich in sich geben, dann ist eine große Tat vollbracht. Günstigen aber herrscht noch der Egoismus vor, und daß er das tun muß, das ist das Bedauerlichste bei dem Ausfall der neuen Saison.

Reichthum Wolf.

### Oberammergau.

Zwölf Jahre Spielpause und nun lebt Oberammergau, lebt Bayern und auch ein großer Teil Deutschlands in Erwartung der großen Passionsspielscheine. Das stieliche Dorf am Fuße des Glatzer Mandls rüstet sich jetzt Monien. Im hellen Weiß strahlen seine Häuser, und die Hotels werden erweitert, denn man denkt nicht nur reichlich in Oberammergau, man weiß auch die Realitäten des Lebens zu beachten, man weiß, daß tausend Engländer und sehntausende Amerikaner erscheinen werden und auf ihr Geld hat man die Preise offensichtlich eingestellt. Ob die Deutschen in diesem Jahre beliebte Gäste sein werden, das steht mindestens dahin!

Ein heiterer Sonntag, der erste im Mai, war dem ersten Spiel beschienen und in dem Passionspielhaus hatten über 4000 Personen des ergelenden Spiels. Greifend ist es, auch wenn man Einschränkungen machen muß. Einschränkungen, die in der Hauptsache dadurch entstehen müssen, weil die Spieltheatralität unterbrochen worden ist. Man denke, daß es sich um ein Volkspiel handelt, daß Ursprünglichkeit die Hauptsache sein muß und daß sich offensichtlich der moderne Jua der Regie hneinbegeben hat. Wirklich modern, im Reinhardtischen Stil, ist der Einzug des Getandis in Jerusalem, neben der Kreuzigungszene sicherlich der stärkste Eindruck des Tages, aber daneben heben andere Massen Szenen, die unausgesprochen sind, bei denen nicht ein jeder Einzelne lebt, sondern mehr mediana wirkt und damit nicht zu jener großen Höhe echter Kunst und Volkstum führt. Gerade diese Massen Szenen und jenes Uniformsprechen, das an Schule erinnert, sind nicht das Beste, was uns Oberammergau zu bieten weiß.

Gleichen dagegen die lebenden Bilder, die in den einzelnen Abschnitten des Tormenweas des Getandis Parallelen haben und Bilder aus dem Alten Testament in einer un-

übertrefflich herrlichen Schönheit offensbaren. Wunderbar einige stänstliche Schönheiten des Chors, von stürtem Eindruck der Eröcher des Prologs. Aber leider, wenigstens bei der ersten Aufführung noch nicht, eine allgemeine Größe der Darstellung.

Es gibt allerdings eine Erklärung dafür. Man ist in Oberammergau pietätvoll. Man läßt einem bewährten Darsteller gern seine Rolle. Die Auffassung mag dadurch durchgeleitet werden, aber auch in Oberammergau wird man in zwölf Jahren nicht jünger, und wenn der Darsteller des Christus nun schon zum dritten Male mitwirkt, wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß er nicht mehr den Eindruck des Dreißigjährigen machen kann. Und gerade hier ist die Idealfigur vorzuziehen, und eine stärkere Aktivität, als sie Jang noch zu geben vermag. Man kann seine Verinnerlichung bewundern, man kann die ungedeuere physische Leistung bei der Kreuzigung bewundern, jener Szene, die das Erschütterndste darstellt, was überhaupt ein Bühnenbild zu geben vermag, aber man wird immer daran denken müssen, daß dieser Darsteller über die Jahre der höchsten Schönheit hinaus ist. Und das ist bedauerlich. Bedauerlich ist auch, daß die Passionspieler nur wenig gute Sprecher aufzuweisen haben, unter ihnenragt nur der Darsteller des Pilatus hervor, der mittels emsigartig in der Gestaltung dieser Rolle ist, eine ungedeuere Überlegenheit offensbart und eine immense Wirkung erzielt.

Der Jubaas war rein äußerlich in seinem Wesen, gute dastellerische Wirkung, aber seine Kraft der Sprache und des Wortes. Allerdings, man weiß ja, daß ein diktantisches Spiel sein muß. Auch die ernste Kritik wird dies freilich begeben müssen, denn sonst wäre es ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die harten Dialektankänge immer führen müssen und daß beinahe rassistisch erscheinen sollte, wie in früheren Jahrhunderten, diese Passionsspiele einfach im Dialekt des Ortes sich abspielten zu lassen, wobei sich die Schauspielerei übermäßig viel wohler fühlen würden.

Andere Personen, die die Sache zu retten versuchten, wurden von den Besatzern mit Steinen beworfen. Die Kabinenbesatzung geriet in die Mense.

**Der deutsche Botschafter Wiedfeldt in New York** eingetroffen. Aus New York wird gemeldet, dass der deutsche Botschafter Wiedfeldt wurde bei seiner Ankunft im New Yorker Hafen von einer Kommission hervorragender New Yorker Bürger deutscher Abstammung begrüßt, die von dem Vizebürgermeister Obermayer geleitet wurde. Das Vizebürgermeister, auf dem sich die Kommission befand, fuhr dem Dampfer „America“ entgegen und geleitete ihn zum Pier. Dort hielt Obermayer eine Begrüßungsansprache, in der er sagte, die Stadt New York bestehe im Namen Amerikas den deutschen Botschafter als Freund willkommen. Das ganze Land fühle, daß mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ein großer Schritt zum Frieden getan worden ist. Wiedfeldt antwortete, daß er mit dem Gedanken nach Amerika gekommen sei, daß der Wunsch der Freundschaft zwischen Amerika und Deutschland zu fördern und die letzten Spuren des gegenseitigen Hasses zu verwischen. Er schloß: „Ich reiche Amerika die Hand als Zeichen, daß unsere alte Freundschaft nicht vergessen sein wird, und daß die gegenseitige Achtung und die freundschaftlichen Beziehungen wieder aufleben werden. Nur die Zusammenarbeit der Nationen kann die internationalen Wirtschaftsbeziehungen wieder herstellen, und ich werde meine ganze Kraft daran setzen, dieses Ziel zu erreichen.“

**Die Deutsche Gewerkschau in München** wurde Sonnabend mittags in den Ausstellungshallen auf der Theresienhöhe in Anwesenheit einer großen Zahl von Gästen eröffnet. Man sah den Reichsminister des Innern Dr. Köfer, den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Berchthgottsdorff, den bayerischen Staatsminister Dr. Heber, den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Heber, die Gesandten der deutschen Länder und die Vertreter der internationalen Regierung.

Zur Aufhebung einer geheimen Funktion in Hamburg wird weiter mitgeteilt: Die Untersuchung ergab, daß es sich um Handelsespionage handelt. Es wurde reichliches Material beschlagnahmt, darunter auch ein Code zur Entzifferung ausgelegener Funkprüche. Bislang wurden vier Personen verhaftet, die in Berlin wohnhaft sind, drei davon sind Kaufleute, der vierte ist Lehrer, weitere Festnahmen haben in Berlin bevor. Der Apparat gehört einem Berliner Konsortium. Weiter wird gemeldet, daß der Apparat zur Abfangung von Hörfeldmeldungen aus dem Lande diene. Die Meldungen wurden den Bankfirmen gegen hohen Gewinn zur Verfügung gestellt. Der in Hamburg festgenommene Hauptbeteiligte suchte sich dahin auszuwirken, daß der Apparat leiblich ausprobiert und dann ins Ausland ausgeführt werden sollte. Alle Gerüchte, daß der Apparat politischen Zwecken diene, sind unbegründet.

**Auflösung der Sonderbündler im Rheinland.** Angesichts der in Aachen verbreiteten Gerüchte über bevorstehende Aufstände der Sonderbündler lassen die Gewerkschaften aller Richtungen in der Aachener Presse an die Arbeiterklasse die Aufforderung ergehen, diese Pläne mit allen Mitteln zu bekämpfen. Im Kreis Mönchengladbach versuchten sich die politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen gegen die politische Propaganda der Dorten, Smeets und Genossen.

**Deutscher Städtetag.** Der Vorstand des Deutschen Städtetages befaßte sich in der Sitzung am Freitag a. a. mit dem Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes und es wurde der Beschluß gefaßt, daß sowohl Arbeitsgerichte als auch Schlichtungsstellen den ordentlichen Gerichten angegliedert werden müßten. Durch die Angliederung an die Justiz werde nicht nur die grundsätzliche anerkennende schärfere Trennung von Justiz und Verwaltung erreicht, sondern zugleich dem sozialen Frieden gedient dadurch, daß die Justizbehörden in härterer Nähe der Ansicht an das Wirtschaftsleben wieder ermöglicht wird. Ferner beschäftigte sich der Vorstand mit der neuesten Befoldungsregelung des Reiches. Der Personalausgleich soll die Gestaltung der Befoldung in der letzten Form, in seiner sozialen und verwaltungspolitischen Wirkung eingehend prüfen und für die zukünftige Gestaltung Vorschläge ausarbeiten und der Reichsregierung übermitteln.

#### Republik Oesterreich.

**Ein italienisches Torpedoboot in Wien.** Auf einer Hebungsfahrt die Donau aufwärts ist in Wien ein italienisches Torpedoboot eingetroffen. Den Blättern zufolge wird es in den nächsten Tagen nach Regensburg weiterfahren.

#### Rußland.

**Der Sensationsprozeß in Sachen der Enttarnung der Kirchenhölzer.** Nach fast zweimonatiger Verhandlung und vierzehntägiger Beratung wurde vom Revolutionstribunal in Moskau in dem Sensationsprozeß gegen die Popen und Zivilpersonen, die wegen Widerstandes gegen das Dekret über die Enttarnung von Kirchenorgeln angeklagt waren, das Urteil gefällt. Es lautet: Elf Angeklagte, meist Popen, werden erschossen. Sechs Popen erhalten je 5 Jahre Gefängnis, die übrigen Angeklagten geringere Bekandnisstrafen oder wurden freigesprochen. Wie eine spätere Meldung besagt, erhielt das Moskauer Tribunal vom Präsidium des Allrussischen Zentralerwaltungskomitees Befehl, die Vollstreckung des über die Priester Dobroslobodski, Samoserdski und Kadeßchid und der anderen Angeklagten in der Sache des Widerstandes gegen die Separierung des Kirchenwesens gefällten Todesurteils einzustellen.

**Was dem wirtschaftlichen Leben.** In Moskau hat sich ein Truck von Maschinenfabriken gebildet, der 12 Fabriken im Moskauer Gouvernement umfaßt. Die Produktion für 1922 wird 47 Prozent der Vorkriegserzeugung betragen. Das Aktienkapital beträgt 10 Millionen Vorkriegsrubel. Seitens einer Reihe von deutschen, englischen, französischen und amerikanischen Aktiengesellschaften sind Gesuche um Erstellung landwirtschaftlicher Konzeptionen eingelaufen. Kleinere Objekte betreffende Gesuche sind auch aus Spanien und der Tschechoslowakei eingegangen. Einige Geschäftler haben die Grundstücke, deren Verwertung sie anstreben, bereits besichtigt. Die Verhandlungen sind im Gange, und einige Gesuche dürften in der nächsten Zeit zukunftsweisend erledigt werden. — Zur Messe von Wladiwostok soll in den nächsten Tagen ein russischer Handelsreisender nach Moskau anreisen, um den Handel mit den russischen Waren zu fördern.

**Die Choleraerkrankungen in der Ukraine.** Der in Tschernigow eingetroffene Kommissar für Gesundheitswesen Gurewitsch teilt mit, daß die Zahl der Choleraerkrankungen in der Ukraine erschreckend sei und außerordentliche Maßnahmen erforderlich. Vom 1. Januar bis zum 10. April sind in der Ukraine 1175 Choleraerkrankungen vorgekommen worden. Das Gouvernement Poltawa ist am meisten von der Cholera ergriffen. Dort sind 532 Menschen erkrankt, im Gouvernement Charkow 300, im Gouvernement Kiew 147. Die Cholera ist von den nach den drohenden Gegenden wandernden Hungerrufen in die Ukraine verschleppt worden. Dem am Wege liegenden Bezirk des Tschernigowischen Gouvernements, das schwer unter Typhus gelitten hat, droht jetzt eine Choleraepidemie. — Das Präsidium des Moskauer Komitees beauftragte den Kommandanten der Moskauer Abteilung für Gesundheitswesen von 4375 Soldaten zur Bekämpfung der Cholera.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. Mai 1922.

### Ein Kommunist zum Landrat gewählt.

**X Halle.** Bei der heutigen Landratswahl für den Saalkreis, die in der letzten Sitzung des Kreisrates veranlaßt wurde, wurde der kommunistische Arbeitersekretär Bradow-Dalle mit 15 Stimmen zum Landrat gewählt. Der Demokrat Wulke erhielt 10, Regierungsrat Müller, bisheriger kommunistischer Leiter des Saalkreises (Wahlbezirk) 2 Stimmen.

### Bäckerstreik in Halle.

**X Halle.** Heute morgen sind hier sämtliche Bäckerstreik getreten. Die Bevölkerung ist ohne Brot, da auch die Bäcker des Konsumvereins sich dem Streik aus Solidarität angeschlossen haben. Die Bäckermeister haben die verlangte Lohnsteigerung abgelehnt, weil der Magistrat seine Zustimmung zu der angeregten Brotpreissteigerung verweigert hatte.

**Die Lohnbewegung unter den Hamburger Hafenarbeitern.** **X Hamburg.** Die Lohnbewegung unter den Hamburger Hafenarbeitern droht ernste Formen anzunehmen. Nachdem die Hamburger Hafenarbeiter in einer Urabstimmung den Schlichtungsanspruch des Schlichtungsausschusses mit 2417 gegen 2503 Stimmen abgelehnt haben, hat die Leitung des Transportarbeiterverbandes eine neue Urabstimmung mit Abstimmung über die Frage eines etwaigen Eintretens in den Streik angeordnet. Die Betriebsräte und die Vertrauensleute hielten eine gemeinsame Besprechung ab. Andererseits haben die Mitglieder des Hafenbetriebsvereins (Arbeitgeber) den Schlichtungsanspruch des Schlichtungsausschusses angenommen.

### Was dem besetzten Gebiet auszuweisen.

**X Riga.** Die Interalliierte Kommission hat den Verleger Raitreuter, den Eigentümer der „Riesener Worte“, aus dem besetzten Gebiet auszuweisen, da er der antifranchesischen Propaganda beizugehört. In der Begründung heißt es, Raitreuter sei wiederholt wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der Rheinlandkommission bestraft worden und habe in seiner Zeitung Artikel gegen Frankreich veröffentlicht.

**Der Belagerungszustand über Antonienhütte verhängt.** **X Brest-Lit.** Die Interalliierte Kommission hat über Antonienhütte, das nun endlich von den Franzosen besetzt worden ist, den Belagerungszustand verhängt.

### Die italienisch-südslawische Streitfrage.

**X Belgrad.** In der italienisch-südslawischen Streitfrage steht eine Einigung bevor. Heute abend wird der Ministerrat einen Beschluß über die Annahme des von der Delegation vorgeschlagenen Kompromisses fassen.

### Generalratswahlen in Frankreich.

**X Paris.** Gestern fanden in Frankreich in allen Departements mit Ausnahme des Seine-Departements und Algiers die Wahlen für die Hälfte der Generalräte und für die Hälfte der Arrondissementräte statt. Im ganzen freilich noch einer Vorwahlmeldung 1491 Generalräte zur Wahl, darunter vier Mitglieder der Regierung, nämlich Voicars, der Kolonialminister Sarraut, der Verkehrsminister Troque und der Innenminister Manoury.

**Die Franzosen lehren Verhandlungen mit den Russen ab.** **X Paris.** Wie der „Temps“ mitteilt, wird die französische Regierung unter keinen Umständen dem von Lloyd George vorgeschlagenen Abkommen beitreten, das die Russen verpflichten soll, sich während der Dauer der Verhandlungen der Sachverständigenkommission jedes Angriffs auf ihre Nachbarn zu enthalten. Das Blatt schreibt: Den Nachbarn Russlands steht es frei, die Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, die sie für nötig erachten. Wenn sie glauben, ihre Sicherheit durch ein Abkommen mit der Sowjetregierung erhöhen zu können, so wird Frankreich nicht die Verantwortung übernehmen, ihnen davon abzuraten. Die französische Regierung aber ist jedenfalls unter keinen Umständen in der Lage, unter eine derartige Abmachung ihre Unterschrift zu setzen. Sie sieht sich durch die Erfahrungen dazu veranlaßt, und — belehrt durch die jüngste Antwort der Bolschewiken — muß die französische Regierung es ablehnen, mit den Sowjets zu verhandeln oder gar Verträge abzuschließen. Sie wird dem Abkommen selbst, ebenso wie den vorbereitenden Verhandlungen fernbleiben.

### Stimmen über Genoa.

**X London.** Wigham Steed weist in der „Times“ darauf hin, daß die Delegationen Frankreichs und Belgiens sich wohl bereit erklärt haben, ihren Regierungen zu empfehlen, die in Genoa vorgeschlagenen Vereinbarungen anzunehmen, jedoch keine Gewähr geben könnten, daß diese Vereinbarungen auch angenommen werden.

**X London.** Student of Politics berichtet im „Daily Chronicle“ aus Genoa, Lloyd George habe durch seine Mahnung trotz Voicars die Entente geteilt. Garvin schreibt dagegen im „Observer“, Voicars habe die Entente geteilt. Wenn Genoa scheitern sollte, so werde Lloyd George nicht ruhen, bis er es erreicht habe, daß die Köpfe, die Genoa zum Scheitern gebracht haben, niemals mehr triumphierten.

**X London.** In einem Leitartikel schreibt „Observer“, Genoa stelle den Abschluß einer Periode dar. Der Gedanke, der die militärische Lage des Jahres 1918 als das wahre und dauernde Bild Europas darstellt, sei überlebt.

**Der Wochenbericht „Nation“** zufolge gibt es keinen englischen Staatsmann von politischer Bedeutung, dessen Ansicht über Frankreich von der Ansicht Lloyd Georges wesentlich abweiche. In einem „Das Ende der Entente“ überschriebenen Artikel schreibt die „Nation“, die englische Wählerklasse sei zur Vernunft gekommen und habe die ungeheure Katastrophe der sogenannten Friedensregelung für Europa und für sich selbst erkannt. Voicars Drohung mit einer Sanktion gegen Deutschland, falls es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, laufe auf eine kurzfristige Rindlung der Entente hinaus. Wenn Voicars bei dieser Haltung verharre, so werde England seine Rindlung bestimmen annehmen. Unter keinen Umständen würde die britische öffentliche Meinung eine Teilnahme Großbritanniens an einem solchen brutalen Angriff dulden.

**X London.** In der „Sunday Times“ schreibt der amerikanische Publizist Frank S. Simons, die große Masse des amerikanischen Volkes habe sich die Ansicht der amerikanischen Regierung zu eigen gemacht, daß es am besten sei, sich mit der europäischen Frage zu befassen, bevor Europa die amerikanischen Ideen in der Abrüstungsfrage und in den Fragen des Ausgleichs der Budgets und der Beendigung der Reparationen angenommen habe.

### Eine Erklärung Tschischerins.

**X London.** Tschischerin erklärte in einer Unterredung mit dem Geneser Sonderberichterstatter des „Daily Herald“: Wir werden es unbedingt ablehnen, irgend eine Kommission anzuerkennen, die ernannt wird, um sich mit der russischen Frage zu befassen, falls Rußland nicht in ihr vertreten ist. Wir werden nicht gestatten, Nachforschungen anzustellen. Wir werden auch auf anderer vollen Freiheit, Verträge jeder Art mit jeder Nation abzuschließen, sowohl während als auch nach der Konferenz.

## Bermittlung.

**Im Flugzeug nach dem Nordpol.** Rostow, bekanntester Flieger, Gruppe Gen. der während des Krieges in der englischen Fliegertruppe diente, will, einem Telegramm aus Christiania zufolge, den Versuch unternehmen, im Flugzeug den Nordpol zu erreichen. Zur Realisierung seines Unternehmens will er Eisbergen machen, von wo er die Flugstrecke in ein oder zwei Etappen zu bewältigen hofft.

**Ein einträglicher Hausverkauf.** Auf Grund gefällter Vollmachten verkaufte, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, ein angeblicher Fabrikant Richard Bunden ohne Wissen des in Solingen wohnenden Eigentümers ein in Düsseldorf befindliches Haus für 2 Millionen Mark. Er erhob darauf 1,7 Millionen Mark und flüchtete mit diesem Betrag.

**Theaterfandal in Berlin.** Gestern kam es bei der Premiere des Bronnenschen Dramas „Eternität“ im Deutschen Theater in Berlin gegen Schluß der Vorstellung zu einer häßlichen Auseinandersetzung zwischen Bühnengängern und Besuchern der Dichtung. Das Publikum blieb auch nach dem Schluß des Vorhangs im Saal. Schimpfliche und herabwürdigende Reden wurden, um die Räumung des Saales herbeizuführen.

**Wieder ein Raubüberfall in Berlin.** Dem Berliner Blättern zufolge wurden in der Nacht zum Sonntag der Ministerialamtmann Pauli und der bei ihm wohnende Student Niehe auf der Chaussee Ralshaus-Weihensee von zwei Männern überfallen, durch Schüsse schwer verletzt und dann ausgeraubt. Ohne sich um die in ihrem Blute liegenden zu kümmern, entfernten sich die Täter und griffen wenig später einen des Weges kommenden Arbeiter an. Einer der Räuber wollte auf den Arbeiter schießen, die Waffe versagte jedoch. Darauf entflohen die Räuber.

**Die kleine Bebe als Opfer der Mode.** Die Chinesin, die aus einem nationalen Schönheitsideal heraus ihre Füße verkrüppeln läßt, ist noch gar nicht gegen die neuesten Modetrends der Mode, die sich die kleine Bebe abnehmen lassen, um in die spigen Schuhe von heute hineinzuwachsen. Solche Operationen werden, wie wir einem Londoner Blatt entnehmen, tatsächlich ausgeführt. In verschiedenen Krankenhäusern des Pommerschen Westens haben sich elegante Damen die kleine Bebe abnehmen lassen, und dabei leitete sie kein anderer Grund, als der brennende Wunsch, die neuesten Schuhe, die sie gekauft hatten, auch wirklich anziehen zu können. Ein Berichterstatter schildert in lebhaften Farben die Rufe und Qualen der Frauen, die sich in den Schuhgeschäften unzählig abmühen, um die schmalen, ganz spitz zulaufenden Schuhe über die Füße zu ziehen, die ja bei den Töchtern Alibions meistens nicht zu klein geraten sind. Und wenn alles nichts nützt, wenn die Beben trotz aller Verkrüppelung und Zusammenpressung nicht hineinwollen in das schmale Ende, dann ergreift beste Verzweiflung die Entschlossenen, und es beseligt sich in ihnen der düstere Entschluß, die hinderlich und eigentlich unnütze kleine Bebe von sich zu werfen, sowie man nach der Bibel sein Auge austreiben soll, wenn es einen ärgert. Die Operationen werden schmerzlos vollzogen und hinterlassen keine unangenehmen Nachwirkungen. Die Dame zieht sich zu einer kleinen „Nagelkur“ in ein Sanatorium zurück und kommt dann ohne Bebe wieder heraus. Viele dieser Modetrends behaupten sogar, daß sie ohne kleine Bebe sehr viel besser und angenehmer gehen und daß nicht nur der Fuß sehr viel eleganter aussieht, sondern daß sie sich gehender auch wohler fühlen.

## Turnen, Sport und Spiel.

**Kreisturnratssitzung des 14. Turnkreises.** Am 13. und 14. Mai. Der Kreisvertreter nimmt zu Beginn der Sitzung dem verstorbenen Ehrenkreisvertreter Froberg einen tief empfundenen Nachruf. Aus dem Bericht über die letzte Jahlung im Kreis ist folgendes zu entnehmen: 1185 Turnvereine, 50000 turnende Kinder, 173000 Mitglieder über 14 Jahre. Zu Beginn findet in Birna die amtliche Versammlung der Gauverwalter statt, für die Mittel bewilligt wurden. An den Deutschen Kampfsportspielen in Berlin nehmen etwa 100 holländische Turner teil. Die Abhaltung von Gaugruppenkämpfen wurde den Gauen freigestellt. Für die Teilnehmer an den Kreisgruppenkämpfen und für das Kreisfest in Leipzig wurden Mittel bereitgestellt. Zur Förderung der Schwimmanfänge im Kreis wurde eine Verfügungsumme von 1000 Mark bewilligt. Die Klagen über Turnvereine über Steuerbefreiung bei turnerischen Veranstaltungen veranlaßten den Kreisrat, das Reichsjustizministerium um klare Auslegung der Bestimmungen über die Vermögenssteuer zu ersuchen. Zur Schlichtung etwaiger Anträge zur Verringerung der Steuerbefreiung wurde ein Ausschuss eingesetzt, der auch eine Neuorganisation der Gaugruppen vornehmen soll. Nach den Ausführungen Schwarzes über Turnen und Sport faßte der Kreisrat folgende Beschlüsse: 1. Der Kreisrat des 14. Turnkreises beauftragt beim Gaupräsidenten der D. T., mit den Sportverbänden nicht wieder in Verhandlung zu treten. Nachdem jahrelange Verhandlungen zur Beendigung und Störung unetzer Arbeit herbeiführten, befragt der Kreisrat in der Lösung der Verträge mit den Sportverbänden eine Befreiung von unberechtigter Bevormundung. Nachdem ferner der Fußballbund durch Duldung verkappter Berufsleiter einen Entartung des Sportes und Spieles nicht mit der wünschenswerten Kraft und Klarheit begegnet ist, haben die Vereine der D. T. allen Grund, sich von einem solchen Verband und solcher Entartung des Sportgedankens fern zu halten. Um eine reinliche Scheidung herbeizuführen, beantragt der Kreisrat a) die Gründung eines deutschen Fußballverbandes, b) unter Umständen die Gründung eines Berufsleiterbundes. 2. Der Kreisrat beantragt beim Fußballbund und Schwimmverband gegenüber dieselbe Freiheit, wie die Arbeiterturn- und Sportverbände. Solange die Sportverbände diesen gegenüber keine Rechte beanspruchen, hat auch die D. T. keine Beanstandung, sich von einem verhältnismäßig kleinen Verband, wie ihn die Sportverbände darstellen, in ihre Verwaltung einzufügen zu lassen. Der Kreisrat beantragt, daß durch geeignete Bekanntmachungen auch die breite Öffentlichkeit über diese Sachlage und die unbedingten Machansprüche des Verbandes „Sportverbände“ aufgeklärt wird. 3. Der Kreisrat beantragt weiter beim Gaupräsidenten der D. T., sofort bei den maßgebenden Regierungsbehörden feststellen zu lassen, ob nach den bestehenden Staatsgesetzen eine Privatvereinbarung das Recht hat, sich Behörde zu nennen. Teilt sich heraus, daß dies zulässig ist, so begründe die D. T. umgehend eine Reichsbehörde für Turnen, Sport und Spiel. Ergibt sich, daß die bisherige Sportbehörde zu unrecht sich als Behörde bezeichnet, so richte der Reichsbeirat für körperliche Erziehung eine entsprechende, paritätisch zusammengesetzte amtliche Reichsbehörde für Turnen, Sport und Spiel ein. 4. Der Kreisrat beantragt ferner, daß unter Verbänden und Vereinen der D. T. möglichst mit anderen Verbänden nur noch in amtlichen und paritätischen Ausschüssen der Gemeinden, Städte und Staaten zusammenarbeiten.



### Rußlands Außenhandel.

Der Abschluß des deutsch-russischen Abkommens läßt von selbst die Frage entstehen, welche Bedeutung der Handelsaustausch zwischen Deutschland und Rußland, der bekanntlich in der Vorkriegszeit sehr umfangreich und für beide Länder von größter Wichtigkeit war, heute noch hat und welche er wieder gewinnen kann. Will man sich dabei von Zukunftsspekulationen ganz fern halten und nur vorhandene Tatsachen berücksichtigen, so darf man allein von dem tatsächlichen Außenhandel Rußlands in den letzten Jahren ausgehen. Dabei soll man natürlich nicht verneinen, daß dann alle Möglichkeiten zukünftiger Wiederaufwärtsentwicklung außer Acht gelassen sind.

Die vom Rat für Arbeit und Landesverteidigung in Moskau herausgegebene Wirtschaftszeitung „Ökonomische Welt“ hat in verschiedenen Nummern Aufsätze über den russischen Außenhandel veröffentlicht, die uns einen ziemlich genauen Einblick in die Lage des internationalen Handelsverkehrs Rußlands im Jahre 1921 tun lassen. Danach betrug in diesem Jahre die gesamte russische Einfuhr 906 000 Tonnen im Werte von 537 Millionen Goldmark, die gesamte Ausfuhr 212 000 Tonnen im Werte von 44 Millionen Goldmark. Daraus ergibt sich, daß zunächst Einfuhr wie Ausfuhr überaus minimal waren, und daß ferner die Handelsbilanz Sowjet-Rußlands in ungeheurem Maße passiv gewesen ist.

Was nun zunächst die Einfuhr anbetrifft, so bestand sie aus einem Mischel aus Lebensmitteln und Textilien, während Rußland vor dem Kriege gerade auf diesem Gebiete eines der wichtigsten Uberschußländer war. Mehr als die Hälfte der Gesamteinfuhr bestand ferner aus Textilwaren, Metallen usw. Der Rest der Einfuhr bestand aus Metallen, Metallwaren, Maschinen und dergl. Die Ausfuhr Rußlands ist wohl in der Hauptsache deswegen so gering, weil wegen der Hungersnot keine Lebensmittel für die Ausfuhr zur Verfügung stehen. Von der Ausfuhr des Jahres 1921 bestanden fast 90 Prozent aus Rohstoffen und Halbfabrikaten, unter denen rohes und bearbeitetes Holz, wie Balken und Bretter usw. die erste Stelle einnahmen. Sonst wurden in erheblichem Maße noch Flach, Benzin, Dolomite, Manganeerze, Wolle sowie Häute und Felle exportiert. Was die einzelnen Länder anbetrifft, mit denen Rußland in Handelsaustausch stand, so gingen von der Ausfuhr 47 Prozent nach England, dagegen nur 5 Prozent nach Deutschland. Unter den übrigen Ländern kamen nur noch Letland und Norwegen in erheblichem Maße als Abnehmer Rußlands in Frage. Auch in Bezug auf die Einfuhr steht England mit 35 Prozent an erster Stelle. Hier folgt aber Deutschland sofort mit 24 Prozent und an dritter Stelle Amerika mit 16 Prozent. Von England bezieht Rußland hauptsächlich Lebensmittel und Textilwaren, nur in geringerer Maße landwirtschaftliche und industrielle Maschinen. Dagegen ist Deutschland der Hauptlieferant für Metalle und Metallwaren aller Art einschließlich von Maschinen für industrielle und landwirtschaftliche Zwecke. Verhältnismäßig nimmt also Deutschland heute bereits in Bezug auf die Versorgung Rußlands eine günstige Stellung ein, denn der Bezug von Lebensmitteln aus England wird natürlich fortfallen, wenn Rußland wieder eine bessere Ernte hat. Im ganzen aber darf man natürlich aus diesem Handelsverkehr, der im Vergleich zur Vorkriegszeit verschwindend gering ist, keine weitgehenden Schlüsse ziehen.

### Die Angelegenheit des Fällsers Anipach

befähigt die zuständigen Stellen weiterhin in der Hinsicht, daß der Umfang seiner Fällsungen und ihre Wirkung nach Möglichkeit lehrhaft gemacht werden. Dies mit Gewissenhaftigkeit zu tun, wird aber nicht erleichtert durch solche ungerichteten Uebersetzungen, wie sie sich in einzelnen Presseäußerungen finden, z. B. Anipach habe „der Entente alles geliefert, dessen sie bedürfte, um die vielen roten des Generals Kollat, der Vorkriegskonferenz und des Obersten Rates an Deutschland zu richten“. Darin zeigt sich eine leider oft beobachtete Befähigung, das beste Recht in Unrecht umzuwandeln. Im Gegenteil gilt es vor allen Dingen, noch genauer als bisher die zahlreichen Abnehmer der gefällsten Dokumente zu erörtern. Anipach hat zwar schon die verschiedenartigsten ausländischen Behörden und Einzelpersönlichkeiten genannt und zugleich die Art von Material, die jeweils mit Vorzug abgenommen wurde. Es ist nun die Aufgabe, das vorgelegene Material und die einzelnen Befindungen mit den politischen Vorgängen der letzten zwölf Monate zu vergleichen und dabei Ursache und Wirkung festzustellen. Schon jetzt werden gewisse Befindungen, die in Deutschland als fast unerträglich empfunden wurden, an der Hand der vorliegenden Anipachschen Fällsungen verständlich.

Ueber die Art, wie es gelang, den Fällsler Anipach zu entlarven, erzählt der „Volksanzeiger“ aus Breslau: Anipach hatte sich im Herbst vorigen Jahres mit der Tochter eines angesehenen Göttinger Rechtsanwaltes verheiratet, demgegenüber er sich als Doktor und hoher Regierungsbeamter ausgegeben hatte. Da dem Schwiegervater Bedenken wegen der Nichtigkeit des Dokortitels gekommen waren, beschloß Anipach die Doktorwürde zu erwerben. Er wandte sich nach Breslau, wo eines seiner Werkzeuge, ein ehemaliger Fürstener Seminarist, gerade im Begriffe stand, für einen Berliner Handelshochschule die staatswissenschaftliche Doktorprüfung abzulegen. Ein Student, dem das Auftreten dieses Seminaristen verdächtig vorkam, benachrichtigte die Universitätsbehörden. Es gelang so, die beiden Fällsler auf Schritt und Tritt zu beobachten. Alle von Anipach eingereichten Studienausweise waren gefälscht, jedoch so musterhaft und lauter, daß sie nur äußerst schwer als Fälschungen zu erkennen waren. Die Prüfung Anipachs hätte im Herbst stattfinden sollen, jedoch war er inzwischen nach Berlin zurückgekehrt. In der Affaire Anipach sind auch in Breslau mehrere Personen verhaftet worden, denen Anipach gefälschte Briefe und Universitätszeugnisse verkauft hatte.

### Ruß ein Fällsler verhaftet.

Die Berliner Polizei verhaftete einen 21 Jahre alten Polen Wladi Bertold, der schon früher sich als Schwindler bemerkbar gemacht hatte und alsdann dazu überging, von ihm gefälschte Briefe über Bescheinigungen der Kommunisten gegen Entschädigung an rechts lebende Kreise zu liefern.

### Die Hilfsaktion für die russischen Flüchtlinge

befähigte den größten Teil der öffentlichen Vormittagsversammlung des Völkerverbundes am Sonnabend, in der der Oberkommissar für die Hilfsaktion Dr. Ranien, Balfour-England, Bourgeois-Frankreich und die Vertreter der Hilfsaktion des amerikanischen Roten Kreuzes das Wort ergriffen. Ranien forderte weitere Unterstützung durch den Völkerverbund, da an eine Rückkehr der Flüchtlinge nach Rußland heute noch nicht zu denken sei. Die wichtigste Aufgabe bleibe nach wie vor die Evakuierung von etwa 15 000 Russen aus Konstantinopel, denen in Europa Arbeitsgelegenheit geboten werden müsse. Ranien wünschte, daß Palästina und Argentinien der Einwanderung jüdischer Flüchtlinge keine Hindernisse entgegenstellen und beantwortet die Abwanderung der in Ägypten und Cypern

# Eine neue Konferenz im Haag.

## Die Beratungen über die russische Antwort.

Die Unterkommission der ersten Kommission trat Sonnabend vormittag 11 Uhr zusammen, um über die Antwort auf die russische Note zu beraten. Da es nicht zu einer Einigung zwischen Lloyd George und Barthou kam, wurde die Sitzung um 1 Uhr 10 Min. auf 5 Uhr verlegt.

Sonnabend nachmittag hatten Lloyd George und Barthou eine zweistündige Unterredung. Im Anschluß daran wurde von 5 bis 8 Uhr eine Sitzung der Unterkommission der ersten Kommission abgehalten, in der besonders die Vertreter der anderen Mächte Gelegenheit erhielten, ihre Auffassung darzulegen. Lloyd George und Barthou erklärten beide, es sei bei ihrer Unterredung ein guter Fortschritt auf dem Wege zu einer Einigung erzielt worden.

## Die Mitarbeit Amerikas.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genua berichtete Sonnabend nacht: Die Genueser Konferenz ist so gut wie beendet. Das ist das wesentliche Ergebnis des Tages. Für den Fall, daß ein Abkommen über die Art und Weise, wie der Sachverständigenausschuß zur Prüfung des russischen Problems funktionieren soll, erzielt wird, wird Lloyd George, wie er Sonnabend abend erklärte, nicht auf der Diskussion der anderen auf dem Programm stehenden Fragen bedarren und die Konferenz werde Dienstag durch eine letzte Vollziehung ihrer Arbeiten beenden.

Aus den Beratungen am Sonnabend hat sich ergeben, daß ohne die Mitarbeit der Vereinigten Staaten der Wiederaufbau Rußlands unmöglich ist. Schon Sonnabend abend ist der Vorkonferenz der Vereinigten Staaten in Rom beauftragt worden, seiner Regierung von dem Wunsch aller in der politischen Unterkommission vertretenen Mächte Kenntnis zu geben. Man erwartet in kurzer Frist die Antwort aus Washington und es ist nicht zweifelhaft, daß wenn von Amerika Bürgschaften verlangt werden, sie sicher bewilligt werden.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genua will in der Nacht zum Sonntag in zuständigen amerikanischen Kreisen die Uebersetzung gewonnen haben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten geneigt sei, sich an den Arbeiten der Sachverständigenkonferenz zu beteiligen, die nach Schluß der Konferenz die Prüfung der Mittel fortsetzen soll, durch die Rußland sich wieder erheben könne. Andererseits wird dem „Newport Herald“ aus Washington gemeldet, Vorkonferenz teil habe keinerlei Beschlüsse erlassen, Lloyd George vorzuschlagen, daß Amerika an der russischen Kommission teilnehme. Wenn irgendwelche Vorschläge von einflussreichen amerikanischen Persönlichkeiten in Genua gemacht worden sei, so macht das Staatsdepartement feststellen, daß es davon keine Kenntnis habe.

## Das Ergebnis der Besprechungen am Sonntag.

Aus Genua wird gemeldet: Sonntag vormittag und nachmittag hielten die Vertreter der fünf einladenden Mächte Sitzungen von je zweistündiger Dauer ab. Ueber die gefassten Beschlüsse liegen mehrere teilweise von einander abweichende Berichte vor. Wie von englischer Seite mitgeteilt wird, wurde beschlossen, der Unterkommission der ersten Kommission vorzuschlagen, daß die in Genua vertretenen Mächte für den 15. Juni Vertreter nach dem Haag entsenden, die entscheiden sollen, ob Deutschland in

den Sachverständigenkommissionen vertreten sein soll. Während der Dauer der Arbeiten der Sachverständigenkommissionen besteht ein Waffenstillstand auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Nach dem Vorschlage Lloyd Georges sollen die Vereinigten Staaten sondiert werden, ob sie in dem Sachverständigenausschuß vertreten sein wollen. Während dreier Monate nach Schluß der Konferenz darf keinerlei Separatabkommen und kein politisches Abkommen mit Rußland abgeschlossen werden. In der heute vormittag stattfindenden Sitzung der Unterkommission werden diese Beschlüsse vorgelegt und darüber beraten werden, ob die Russen zur Teilnahme wieder eingeladen werden sollen oder ob erst über die russische Note vom 11. Mai beraten werden soll. — Von französischer Seite wird bekannt gegeben, daß beschlossen wurde, auf die russische Note vom 11. Mai durch eine Note zu antworten, die heute der Unterkommission unterbreitet werden wird. Der Entwurf der Note weist zunächst die Kritik der Russen an dem Memorandum zurück. Sachverständigenausschüsse sollen die Fragen der Schulden, des Privatigentums, der Reparation der Schäden und der Rechte prüfen. Im Haag sollen am 26. Juni zwei Ausschüsse zusammentreten, von denen der erste aus den nicht-russischen Staaten besteht, der andere aus den Vertretern Rußlands. Wenn der erste der genannten Ausschüsse es für nötig hält, soll der russische Ausschuß zur Teilnahme an seinen Verhandlungen eingeladen werden. Rußland und die Mächte, die im Sachverständigenausschuß vertreten sein werden, verpflichten sich von jedem Angriff und jeder Propaganda Abstand zu nehmen. Wie französischerseits weiter mitgeteilt wird, wurde über folgende Punkte der Note an Rußland eine Einigung erzielt: Die in der Unterkommission vertretenen Mächte haben, soweit sie das Memorandum an Rußland unterzeichnet haben, beschlossen, daß die nicht-russischen Sachverständigen nicht von der Genueser Konferenz, sondern von ihren Regierungen ernannt werden, daß die nicht-russischen Sachverständigen am 25. Juni eine Präliminärversammlung abhalten, wo sie die Instruktionen ihrer Regierungen mitteilen können, und daß während einer Frist von vier Monaten vom 26. Juni ab die in den Sachverständigenkommissionen vertretenen Staaten sich verpflichten, keinen Separatvertrag mit Rußland abzuschließen. Alle in Genua vertretenen Mächte und die Vereinigten Staaten, aber nicht Deutschland, werden eingeladen werden, sich im Sachverständigenausschuß im Haag vertreten zu lassen. Die französische und die belgische Delegation verpflichten sich, falls Rußland den Vorschlag annimmt, ihren Regierungen zu empfehlen, sich in dem Sachverständigenausschuß im Haag vertreten zu lassen.

## Ein Abkommen zwischen den englisch-holländischen Petroleumgesellschaften und Rußland.

Dem „Leuvre“ wird aus Genua gemeldet, gestern sei zwischen den englisch-holländischen Petroleumgesellschaften und den Vertretern der Sowjetregierung ein Abkommen unterzeichnet worden, durch das diese Gruppe der russischen Regierung einen ziemlich hohen Vorkauf in Goldrubel abkauft. Man spricht von etwa 100 Millionen.

## Pietpont Morgan auf der Fahrt nach Frankreich.

Aus New York wird gemeldet: Sonnabend haben sich Pietpont Morgan und Otto S. Kahn auf dem Dampfer Olympic nach Frankreich eingeschifft.

weilenden Russen nach Bulgarien. Er hofft, daß das Beispiel Österreichs, welches 200 Paernfamilien aus Rußland Aufnahme gewährte, in den anderen Staaten Nachahmung finden möge und erwähnte die Hilfsaktion Griechenlands und Südbanens, das 200 Flüchtlinge beherbergt, und großer europäischer und amerikanischer Privatorganisationen. Er stellte die Gründung verschiedener Völkerbündnisse zur Förderung der Hilfsaktion in den einzelnen Staaten in Aussicht und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ein Arbeitsbüro in Deutschland gegründet werden könne, das gemeinsam mit dem Arbeitsbüro der deutschen Regierung den russischen Flüchtlingen Arbeitsmöglichkeiten beschaffen solle. Die weiteren Ausführungen Ranien's galten der vom internationalen Arbeitsrat aufgestellten Statistik der arbeitslosen Flüchtlinge und den Besprechungen zur Regelung der Ausweispapiere und Reisevisa flüchtiger Russen. Auf Antrag Balfours und Bourgeois beschloß der Völkerverbund, die Mitgliedsstaaten des Völkerverbundes dringen zur Beschaffung der noch notwendigen Summe von 30 000 Pfund Sterling aufzufordern. England habe sich bereit erklärt, 10 000 Pfund Sterling zu geben, die Beschaffung der weiteren 20 000 Pfund Sterling würde genügen, um die notwendige Evaluation der Flüchtlinge aus Konstantinopel zu bewerkstelligen.

## Dr. Permes in Paris.

Reichsminister Dr. Permes hat Sonnabend nachmittag dem Vorsitzenden der Reparationskommission, dem französischen Delegierten Louis Rubois, einen Besuch abgestattet. Die sachliche Beratung mit den Mitgliedern der Reparationskommission soll am heutigen Montag vormittag beginnen.

## Aus Oberschlesien.

Ein Ultimatum der Händerbände von Antonienbütte. Laut „Oberschlesischer Morgenpost“ haben die Kaufleute von Antonienbütte in einer Versammlung beschlossen, einem von der Händerbände an die Kaufmannschaft gestellten und bis Sonntag befristeten Ultimatum stattzugeben. Es wurde der Vorsatz gemacht, daß jeder Kaufmann 800-1000 M. opfern solle, um Ruhe vor der Bande zu haben. Insgesamt wird mit einer Summe von 35 000 M. gerechnet.

## Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 15. Mai.

### Die 2. Beratung des Verkehrssetz

wird bei den Abteilungen für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwege fortgesetzt.

Der Ausschuß hat bei den höheren Beamten der Wasserverwaltung Abträge vorgenommen und fordert außerdem in drei Entschlüssen Vorlegung einer Denkschrift über ein einheitliches deutsches Wasserstraßennetz, ferner ein Reichswasserstraßengesetz, das die bisher den Bundesbehörden zugehörigen Befugnisse dem Reich überträgt und Sicherung des Schnelldampferverkehrs von Swinemünde nach Pillau und Danzig.

Abg. Dies (3.) verweist auf die Notwendigkeit, den französischen Plan, die Rheinschifffahrt auf einen nationalisierten Schiffsahrtsweg abzulösen, mit größter Aufmerksamkeit zu

beachten, um eine Schädigung deutscher Interessen zu verhindern. Jedemfalls müsse bei der Schiffarmachung des Rheins von Basel bis Straßburg das Reichsinteresse gewahrt werden, ebenso wie auf der andern Seite bis zum Bodensee. Die Regulierung des Rheinflusses bei Schiffbauern könne jedenfalls große Kraftquellen nutzbar machen.

Abg. Schumann (Soz.) tritt für die Vereinheitlichung des gesamten Verkehrswesens einschließlich der Wasserstraßen durch das Reich ein. Auch der Hafen Duisburg-Ruhrort hätte in Reichsbefehl übergeben müssen. Redner verlangt auch ein einheitliches Wasserrecht, sowie ein besseres Zusammenwirken des Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehrs bei der Bewältigung der Transporte.

Abg. Karmuth (Dnat.) tritt für die österrheinischen Wasserstraßen ein. Ebenso für eine dauernde Sicherstellung der Schifffahrtslinien nach den losgerissenen Bundesstaaten, damit keine Verkehrshöcker eintrete, wenn der polnische Korridor wieder einmal gesperrt wird.

Abg. Gothein (Dem.) schließt sich diesen Wünschen an und betont, daß Rentabilitätsgründe in diesem Falle keineswegs ausschlaggebend sein dürften. Auch er tritt für die Schaffung eines einheitlichen deutschen Wasserstraßennetzes ein und im Zusammenhang damit für die Weiterführung des Mittelrheins und den Ausbau der Oder. Zudem müsse eine weite Tarifpolitik einen gerechten Ausgleich der Interessen von Eisenbahn und Wasserstraßen schaffen.

Verkehrsminister Groener schließt sich den Wünschen an Schaffung einer einheitlichen Wasserbauverwaltung an. Wenn auch diesem Ziel noch viele Hindernisse im Wege ständen, hoffe er alsbald, doch zu einer Verständigung mit den Ländern zu kommen. Die gleiche Hoffnung hege er auch wegen der Finanzierung des Mittelrheins. Auch die Regulierung des Oberlaufs der Oder sei dringend notwendig, leider bereite die Landwirtschaf der Anlage der dazu erforderlichen Talperrre großen Widerstand. Auch mit dem Abg. Dies sei er hinsichtlich der Rheinregulierung bis Konstanz hinaus durchaus einverstanden. Vor wenigen Tagen sei über die Regulierung der Strecke zwischen Straßburg und Basel eine Verständigung zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz erzielt worden. Infolge dieser Verständigung werde es wohl auch bald zu einer Verständigung zwischen der Schweiz und Baden bezüglich der Strecke Konstanz-Basel kommen. Die Tarifpolitik der Eisenbahn war im übrigen von schwerwiegenden wirtschaftlichen Gründen diktiert und nicht etwa aus der Rücksicht entsprungen, den Wasserstraßen Konkurrenz zu machen.

Abg. Thomas (Komm.) kritisiert die vom Reich mit Privatgesellschaften abgeschlossenen Verträge zum Bau von Wasserstraßen, bei denen das Reich glatt über's Ohr gebauen werde. Deshalb solle das Reich auch die Aktien der Rhein-Donau-Gesellschaft und der Rhein-Redar-Gesellschaft aufkaufen und die Betriebe selbst übernehmen.

Staatssekretär Reichen erklärt, die Verwaltung werde ohne Rücksicht auf die Rentabilität die Schifffahrtslinien nach Östpreußen weiterführen. Das Reich habe im übrigen mit beträchtlichen Opfern für einen Vereinfachungsabstand georgt, der im Bedarfsfalle binnen 24 Stunden die Einführung eines täglichen Dampferverkehrs ermöglichen könne. Redner betont, daß das Reich die Dinsugleitung des Privatkapitals zur Zeit noch nicht entföhren könnte, weil dadurch die fehlenden langfristigen Kredite des Reichs und der Länder ersetzt werden können. So habe namentlich die Sächsische Industrie unter außerordentlichen finanziellen Opfern großes Interesse für die Vollendung der im Bau befindlichen Wasserstraßen gezeigt.

Der Etat wird nunmehr bewilligt und die Abweisung des Reichstages beschlossen.  
 Abg. Dr. Schreiber (S.): Trotz der Schwierigkeiten ist der Etat in erfreulicher Aufschwung. Es fehlt aber noch an genügenden Mittelbehalten, besonders an Verbindungen von Holland nach Berlin.  
 Ministerialdirektor Weber betont, daß die Beschränkung der Mittel die Erfüllung aller Wünsche nicht zulasse. Was die Kürzung des Vorhabens anhebt, einen Seebäderdienst einzurichten, so müßten die beteiligten Gemeinden selbst hierzu herangezogen werden, sonst werde sich der Verkehr nicht wirtschaftlich gestalten.  
 Eine Entschädigung des Reichstages, die Reichsbeiträge für den regelmäßigen öffentlichen Verkehr dienende Luftfahrtunternehmen nur solchen Anhalten zu gewähren, die sich verpflichten, einen öffentlichen Luftverkehr zu erhalten und auf ihren eigenen Post bis zu 100 Kilogramm ohne Vergütung zu befördern, wird einem Ausschuss überwiesen und der Rest des Etats des Reichsverkehrsministeriums bewilligt.  
 Es folgt der

### Volksrat.

Abg. Teubner (Soz.) wirft dem letzten Reichstag des Kaiserlichen Deutschlands vor, nicht rechtzeitig an eine Erhöhung der Tarife gedacht zu haben, dann wäre an die jetzige sprunghafte Erhöhung der Gebühren erspart geblieben. Angesichts der abermaligen bevorstehenden Vortragsperiode sei es Pflicht der Verwaltung, Ersparnisse zu machen durch Vereinfachung des Betriebes, Ausnutzung technischer Einrichtungen und kaufmännisches Disponieren beim Materialeinkauf. Wenn sich auch die Beamtenschaft von 287 000 auf 410 000 Personen vermehrt habe, könne seine Partei sich auf eine Verringerung des Personals in dem Maße nicht einlassen, wie es die bürgerlichen Parteien wünschen. Auch am nächsten Stundentag müsse festgehalten werden. Redner polemisiert ferner gegen die Entschädigung des Ministers für die Frage der unehelichen Mütter und erklärt sich mit der Entschädigung einverstanden, wonach die Forderung der Zeitungen an die Bezieher im Reich so einzurichten ist, daß allmonatlich eine Erhöhung des Bezugspreises entsprechend der steigenden Herstellungskosten anzurechnen werden kann.  
 Abg. Weikert (S.) tritt für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Beamtenschaft und Verwaltung ein und fordert für Oberpostsekretär Postverwalter und Telegrafenaufseher, die das Zeugnis für Tüchtigkeit haben und nur nach abgelegter Prüfung nach Gruppe 7 kommen können, das gleiche Recht, wie für Amtsekretäre, die mit hoher Volksschulbildung ohne weiteres zu Gruppe 8 zählen. Auch der Postbetrieb müsse mit weniger leitenden Personen auskommen können. Auch er halte am nächsten Stundentag fest, sofern vollwertige Arbeit geleistet werde, lehne aber seine schematische Anwendung ab. Hausfrauen und Mütter seien im Postbetriebe geradezu unmöglich, da sie durchschnittlich im Jahre an 162 Tagen schilten.  
 Abg. Körner (Dnat.) wendet sich gegen die Gebührenpolitik der Post, die überall nur Verdrößerung schafft. Die Anpassung an die Geldwertveränderung sei freilich unvermeidlich, aber sie müsse allmählich erfolgen. Jeder Beamte müsse seine volle Arbeitskraft einbringen und die Reichspost selbst ein Vorbild an der sparsamen Wirtschaft nehmen, welches die Wirtschaft der Post gegeben habe. Redner kritisiert ferner die Briefmarken, die er geschmacklos nennt und appelliert an die Verwaltung, von einer weiteren Erhöhung der Gebühren im Zeitungswesen Abstand zu nehmen und auch Telegramm- und Telephongebühren in der Weise zu regeln, daß der Post der Presse Rechnung getragen werde.  
 Reichspostminister Sieber: Die Zahlen der Beamtenschaft sind notwendig geworden und es liegt kein Grund vor, sich der Wahl zu enthalten. Volkswirtschaftliche Gesichtspunkte unter den Postbeamten werde ich niemals dulden. Wir müssen nur die Ausführung der Postarbeiten bei einem etwa drohenden Streik sicherstellen. Die vom Abg. Körner kritisierten Briefmarken sind von den ersten Künstlern begutachtet und ausgewählt worden.  
 Montag nachmittags 2 Uhr: Weiterberatung und Interpellation der Unabhängigen wegen des Verhaltens der Schupo bei den Berliner Rathhausdemonstrationen.  
 Schluß 5 1/2 Uhr.

### Die englische Krankheit.

In England ist, wie der Name besagt, jene Krankheit zuerst als eine typische Erscheinung erkannt worden, die sich bei Kindern in mangelnder Knochenbildung ausdrückt. Eine gewisse Neugierigkeit mit dieser bei dem jüngsten Nachwuchs der angelsächsischen Welt herrscht häufiger Erscheinung hat aber auch der physiologische Zustand der modernen englischen Gesellschaft überhaupt. Man kann wohl den Bauernstande im Leben eines Volkes eine ähnliche Bedeutung zuschreiben, wie dem Knochengewebe im Leben des einzelnen Menschen. Er hat nun einmal die Aufgabe, dem ganzen Gesellschaftsorganismus Festigkeit, Halt und Gestalt zu geben. Wenn

andere Stände sich auf seine Kosten entwickeln, verliert die Gesamtheit, wie der Einzelorganismus bei der „englischen Krankheit“, an seinem Gesäße, an innerem Halt, an Bestimmtheit der äußeren Erscheinung. Ein Volk mit unauflöslich schwindender Bauernschaft verfallt und geht schließlich unter; es kann nur noch als Komplement anderer Völker fortexistieren.

Die Arbeitslosigkeit ist in England seit Beendigung des Weltkrieges größer und dauerhafter als gar in Friedenszeiten. Von hundert Arbeitern sind durchschnittlich sechzehn ohne Beschäftigung. Gleichzeitig klagen die englischen Landwirte über einen großen Mangel an Arbeitskräften. Die Industrie hat den größten Teil der Landbevölkerung aufgesogen, gibt aber selbst in Zeiten der Krisen so gut wie nichts an Menschenmaterial wieder zurück. Der Krieg hat weiter aufgeräumt. Die Verhärtung der englischen Bevölkerung schreitet in bedrohlichem Tempo fort. Man sollte nun meinen, die englischen Arbeitslosen würden, wenn sie schon in der Heimat nicht zur Unproduktion zurückzuführen wöhlen, den englischen Kolonien zufließen und dort Neuland unter den Pfug bringen. Die englische Regierung macht auch in diesem Sinne unter ihnen und bei der Bevölkerung der Kolonien Propaganda. Aber die Kolonien wollen nichts davon wissen. Die Arbeitslosen des Mutterlandes sind für sie unerwünschte Einwanderer. Sie haben mit ihnen schlimme Erfahrungen gemacht. In Australien wurde auf einer Arbeiterkonferenz in Brisbane im Oktober 1921 einstimmig eine Entschädigung angenommen, wonach die organisierte Arbeit Australiens gegen jede weitere „unterstützte“ Einwanderung ist. Keine der australischen Regierungen solle künftig in Bezug auf die Einwanderung Vereinbarungen treffen, ohne vorher die Unterstützung der organisierten Arbeit erlangt zu haben.

Die Gründe für diese Haltung sind leicht einzusehen, wenn man erfährt, daß die australische, wie andere englischen Kolonien schon an demselben sozialen Uebel krankt, wie das Mutterland. Auch in Australien sind die Städte überbevölkert, während das ländliche Land unterbevölkert ist. In den sechs Hauptstädten Australiens wohnen 41,50 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes, in Sidney 47 Prozent der Bevölkerung von Neusüdwales, in Adelaide 52,50 Prozent von Südaustralien. Man vergleiche damit entsprechende europäische Verhältniszahlen: In Paris wohnen 7,99 Prozent der Bevölkerung Frankreichs, in Brüssel 8,77 Prozent der Bevölkerung Belgiens, in Rom 1,84 Prozent der Bevölkerung Italiens. Die Ursache dieser Erscheinung ist natürlich darin zu suchen, daß die Einwanderer in den Städten hängen bleiben. Sidney z. B. verhängt nach amtlichen statistischen Erhebungen 35 Prozent der gesamten Einwanderung nach Neusüdwales. Kein Wunder, daß die Bevölkerung Australiens dem Neo-Malthusianismus huldigt. Trotzdem auf einer Quadratmeile durchschnittlich noch keine zwei Menschen (1,8) wohnen, ist das natürliche Wachstum der Bevölkerung fast gleich Null.

Dabei sucht man der Einwanderung immer größere Hindernisse zu bereiten, weil sie entweder Lohnarbeiter aus dem Mutterlande, oder Fabrik- und Theaterspieler, die sich nicht assimilieren, ins Land bringt. Die Einwanderung aus Asien ist ganz verboten, wenn sich auch immer wieder einzelne Auswanderer von dort einschmuggeln wissen. Man lebt in ständiger Furcht vor einer späteren Bedrohung durch Japan. Japans Bevölkerung hat sich seit 1907 verdoppelt und da auch die Chinesen sich in den von ihnen bewohnten Küstengebieten am Stillen Ozean ungemein rasch vermehren, so fragt man sich, ob eine Masse von solcher Vitalität noch lange ruhig zusehen werde, wenn für eine Besiedlung von Asien so günstig gelegene englische Kolonien wie die australischen gegen die asiatische Auswanderung gesperrt werden. Ähnlich wie in Australien liegen aber die Verhältnisse in Westkanada und in Südafrika. Banalität, Verhärtung, Sterilität sind überall charakteristische Erscheinungen bei den modernen Angelsachsen. Es ist nicht mehr der Menschenhaas, der sich in den nordamerikanischen Neu-Englandstaaten alle 25 Jahre verdoppelt. Auch in den heutigen Vereinigten Staaten hebt das Angelächseln an Vermehrungsfähigkeit Elementen anderer Völker und Rassen, die mit ihm zusammen leben, weit nach. Die angelsächsischen Weltbeherrscher zittern vor den ungebrochenen jugendfrischen modernen Barbaren, die von allen Seiten seine Reichsgrenzen bedrohen.

### Sport.

Fußball, Kleiner Sportverein. Im Kampfe um Kreisländertitel und Liga gewann der Nordschlesener gestern das letzte Spiel der 1. Runde mit 1:0 (1:0) knapp aber verdient gegen Hellas 08 in Chemnitz. Die beiden Mannschaften lieferten sich einen heißen, an spannenden Augenblicken reichen Kampf. Die Chemnitzer stellten eine körperlich recht kräftige Mannschaft. Sämtliche Spieler verfügten über einen starken, nicht immer sicheren Schlag. In Ballbehandlung und Fußspiel zeigten die Kleinerer Besseres. Im Gesamtspielverlauf hatten die Nordschlesener etwas mehr vom Spiel, wenn auch der Endieg nie fehlte. Die Kleinerer

**DAS BEHEIMLICH**  
 als Hausveredelung und Raumverschönerung,  
 wie Kissen, Plüsch, Teppiche, Polster, Gardinen u. d. g.,  
 zu verreiben, besteht in Maßstab Waagen mit der 22112  
**Wacholder-Terrassen-Tafel**  
 von Bergmann & Co., Kassel.  
 Central-Verkauf: D. Richter, Med.-Dr. W. O. Franke, Hll.,  
 B. W. Thomas & Sohn, Seif.-Grhd., Kassel, Dr. W. Richter.

Es spielte aufopfernd in voller Erkenntnis der Wichtigkeit des getriggen Treffens für den Ausbau der Heimlichkeit. Besonders hervorzuheben zu werden verdient die Leistung von Busch, der wenige Minuten nach Beginn mit prächtigem, unheilbarem Schuß das einzige Tor des Tages erzielte. Demnächst gelangte vorzügliches Können. Er hielt einen wegen Handplatz erteilten Kilometer durch hohes Fahren, überbaut stand er in Bezug auf Ballbehandlung und Stellungsspieler über seinem Gegenüber. Der Schiedsrichter Richter, Olympia-Beisitzer, war gut. — Die 2. Mannschaft Klau Marfrankhdt 8. in Kiefa mit 2:0. Der Jugendmeister war im Kampfe um die Jugendmeisterschaft 1922 in Waldheim gegen die dortige 1. Jugend mit 2:0 erfolgreich. Die 2. Jugend stand der 1. Knabenmannschaft im Uebungsstadium gegenüber, das die Knaben mit 2:0 gewonnen. Die 2. Knabenmannschaft spielte in Waldheim gegen die 1. Knabenmannschaft des Größiger Sportvereins mit 3:1 (1:1), nachdem die Größiger längere Zeit mit 1:0 in Führung lagen.  
 Spielvereinigung 1. Mannschaft stand gestern bei 1. Elf des S.-W. Borussia-Beisitz gegen: her und unterlag 5:0. Die Beisitzer Güte zeigten ein gutes technisches Aufkommen. Die 2. Mannschaft verlor gegen die gleiche Elf 3:1. Am Vormittag trafen sich Spielvereinigung 8. mit B. J. S., sowie die gleichen 1. Knabenmannschaften. Die 8. Mannschaft gewann 4:3 und die neuangeworbene Knabenmannschaft konnte erfreulicherweise 3:0 den Platz verlassen.



**Janz locker**  
 u. weich ist das Haar  
 nach einer Wasche mit  
 „Madaform“  
 Hersteller: Heilbronner & Co., Heilbronn

Ein guterhaltener  
**Goldverder-Ruffschwanz**  
 preiswert zu verkaufen.  
 Beschädigungsfrei, Helmfedelager, Seitbahn.  
**Mitesser**  
 im Geschäft u.  
 am Kaiser beiliegend  
 Preis und Qualität Zucker's  
 Patent-Modell-Teile. Nach jeder  
 Bedingung mit Zucker-Creme nach  
 behalten. Rezipiens Wirkung, von  
 Kaufmännern, Ärzten, Apothekern,  
 Drogenhändlern, Parfümerie- und Brillen-  
 wärdigen erhältlich.

**Auf halben Mai**  
 ab sofort können Sie das Kleinerer Tagesblatt bei den Zeitungsträgern und zur Vermittlung an diese in der Geschäftsstelle Westph. 59 (Bismarckstr. 20) bestellen. Bezugspreis für halben Mai M. 10,25.

**Tann von Schöllnbach.**  
 Ein Börsenroman von Barr. Runkel.  
 (Nachdruck verboten)  
 611  
 Trotzdem kam Graf Tann vorerst nicht, wie er in Aussicht gestellt, nach der Grube. Er führte in Berlin das Leben eines vornehmen Mühlgängers, aber während der ganzen Zeit ließ er Schwarz durch einen tüchtigen Detektiv beobachten. Er war begierig, zu erfahren, wie lange ein so geliebter Börsenmann dazu brauchen würde, um zu begreifen, daß der Rajah vorläufig im Namen des Gesetzes so festlag, als ob er mit stählernen Tauen am Hafendamm angeschmiedet wäre. Tann war entschlossen, Schwarz daran zu hindern, daß er durch Entsendung eines zweiten Dampfers zum Zweck des Goldstehens in Westafrika die Sachlage noch komplizierter gestalte, und als er daher endlich von dem Detektiv die Meldung erhielt, Schwarz sei mit einer Hamburger Reederei in Unterhandlung getreten, da hielt es der arbeitscheue junge Mann denn doch für nötig, einzuschreiten. Er telephonierte Schwarz an und ersuchte ihn, sich am folgenden Vormittag um halb elf bei ihm einzufinden und sein Scheckbuch mitzubringen. Schwarz gebärdete sich ganz aufgeregt und wünschte eine Erklärung darüber, warum er eigentlich sein Scheckbuch mitbringen solle. Der Betrag für die Charter sei doch noch nicht fällig, meinte er, und außerdem sei in dem unterzeichneten Vertrag nicht die Rede davon, daß im voraus bezahlt werden müsse. Aber Tann hatte den Hörer bereits angehängt und den Geldmenschen sich selbst überlassen. Als Herr Schwarz einige Minuten später wieder ankam, war der geschmeidige Kommandeur am Apparat, der ihm mitteilte, der Herr Graf sei bereits ausgegangen, aber er erwarte den Herrn ganz bestimmt am nächsten Morgen pünktlich um halb elf Uhr.  
 Als sich Schwarz am nächsten Morgen einfind, wurde er diesmal in das sehr einfach ausgestattete Arbeitszimmer zu ebener Erde geführt. Er war so außerordentlich gespannt, zu erfahren, warum er auf diese ungewöhnliche und dringende Art und Weise zu einer persönlichen Unter-

redung herbeirufen worden war, daß er sogar zehn Minuten vor der festgesetzten Zeit eintraf. Diese zehn Minuten mußte er allein mit seinen Gedanken in dem kleinen Raum zubringen, und diese Zeit verstrich ihm sehr langsam. Als die große Uhr auf der Diele die halbe Stunde verkündete, öffnete der Diener die Türe, und Graf Tann erschien.  
 „Guten Tag, Herr Schwarz! Ich habe über verschiedene kleine geschäftliche Angelegenheiten mit Ihnen zu sprechen, und da ich voraussichtlich schon in den nächsten Tagen Berlin verlassen, so wollte ich die Geschichte vorher noch gern erledigt haben!“  
 Er ließ sich gemächlich in einen Sessel gleiten und brachte dadurch den Tisch zwischen sich und den Besucher, der ihn mit scharfen, argwöhnischen Blicken betrachtete.  
 „Wie ich Ihnen bereits telephonisch mitgeteilt habe, Herr Graf, ist in dem Chartervertrag, den Sie unterzeichnet haben, kein Kassus enthalten, der mich zur Vorauszahlung der Charter für den Rajah verpflichtet!“ eröffnete der Kaufmann das Gespräch.  
 „Sie weigern sich also, pränumerando zu bezahlen?“  
 „Ich weigere mich durchaus nicht, falls Ihnen damit ein Gefallen geschieht!“ Das erste Geld ist — wie Sie ja wohl wissen werden — bereits gezahlt worden!“  
 „Ach, jawohl! Aber das geht mich doch gar nichts an!“  
 „Natürlich nicht! Aber ich hätte angenommen, daß die zweite Rate erst dann fällig werden würde, wenn der Dampfer uns auch schon etwas eingebracht haben wird!“  
 „Ach, so! Ja, ich sage an, die Sache zu verstehen, und Sie kommt mir auch ganz gerecht vor. Sie wollen also sagen, wenn ich Sie richtig begriffen habe, daß der Dampfer Ihnen bisher keinen Profit gebracht hat?“  
 „Augenblicklich ist es noch zu früh, um darüber zu urteilen, ob die Expedition des Rajah uns Gewinn bringen wird oder nicht. Das muß vorläufig noch abgewartet werden!“  
 „Ist der Dampfer augenblicklich noch in Südamerika?“  
 „Jawohl, Herr Graf!“  
 „Und er ist wirklich nicht wieder eingelaufen, seit ich zuletzt mit Ihnen gesprochen habe?“  
 „Nein, Herr Graf!“

„Das ist aber doch zu merkwürdig!“ brummte Tann vor sich hin, mehr für sich offenbar als für seinen Besucher. Wieder einmal ein Beweis, wie unzuverlässig die Zeitungsberichte sind!“  
 Er griff langsam in seine Brusttasche, holte ein dünnes Notizbuch hervor und blätterte gelangweilt unter verschiedenen Zeitungsausschnitten herum. Zuletzt zog er einen davon hervor und sagte:  
 „Die Zeitung, aus der ich das herausgeschnitten habe, ist ein oder zwei Tage nach unserer letzten Zusammenkunft erschienen. Diese Notiz hat darum für mich Interesse gehabt, weil wir so kurz vorher über die Verlängerung der Charter des Rajah verhandelt hatten, und weil diese Verhandlungen, soviel ich mich erinnern kann, angenehm und zu allseitiger Zufriedenheit verlaufen sind. Ich habe damals, wenn ich mich recht entsinne, die Papiere unterzeichnet, die Sie mir zu diesem Zweck vorgelegt haben, ohne meinen Rechtsanwalt mit deren Durchsicht zu bemühen, und wenn ich mich nicht sehr getäuscht habe, so sind Sie damals recht befriedigt von mir fortgegangen!“  
 „Aber zweifellos, Herr Graf, ich war sehr befriedigt, durchaus befriedigt nach jeder Richtung hin; denn Sie haben mir ja in äußerst zuvorkommender Weise die Verlängerung der Charter des Rajah unterzeichnet!“  
 „Wenn ich Sie richtig verstanden habe, so sagten Sie, daß diese Fahrt des Rajah gewissermaßen nur ein Versuch sein sollte! Es handelte sich dabei wohl um Rindfleischgeschichten, um eine oder mehrere große Ochsenfarmen in der Argentinischen Republik?“  
 „Ganz richtig! Es tut mir aber leid, daß ich Ihnen mitteilen muß, daß die Sache sich keineswegs so günstig anzulassen scheint, als ich geglaubt hatte!“  
 „Ach, was Sie sagen! Das ist ja höchst bedauerlich! Und da komme ich wieder auf meine eigene Angelegenheit zurück! Sie sagten ja wohl, falls die Expedition des Rajah nicht erfolgreich ausfallen sollte, würden Sie mir denselben wieder zur freien Verfügung stellen, sobald er dann wieder eingelaufen sein würde?“  
 „Aber er ist doch noch gar nicht eingelaufen!“  
 (Fortsetzung folgt.)